

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kitzinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Bogen vor dem Druckfertigwerden, wenn nichts anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. März 1932.

Int. Institut
Soz. Geschlechts
Amsterdam

Das Sowjet-Paradies.

Riesige Teuerungswelle über Sowjetrußland.

SPD. Vor zwei Jahren war es noch verhältnismässig leicht, dem Gang der Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion zu folgen. Amtliche Statistiken, Presse und Zeitschriften lieferten reiches Material. Gewiss, es war nicht immer ganz zuverlässig, mitunter widersprachen die einzelnen Angaben einander. Aber die allgemeine Richtung der Entwicklung war dennoch ziemlich deutlich zu erkennen.

In der letzten Zeit häuften sich die Widersprüche mehr und mehr. Zum Teil erklärt sich das aus dem unter russischen Umständen begreiflichen Bestreben der Betriebe und Trusts, "oben" guten Eindruck zu machen. Sie melden stolz: Plan erfüllt, wenn es in Wirklichkeit zur Erfüllung noch seine guten Wege hat. Das Manko hoffen sie bis zur nächsten Ueberprüfung eingebracht zu haben. Die Stalinwerke in Leningrad stellten die erste sowjetische 50 000 KW-Turbine zum Termin fertig. Nach der Lieferung stellte sich heraus, dass sie so "fertig" war, dass man in dem Betrieb, in den sie zurückgeliefert werden musste, noch vier Monate an ihr zu arbeiten hatte. Die Verwechslung des Ist mit dem Soll ist auch in der Landwirtschaft ein altes Uebel. Regelmässig werden Anbaufläche, Saatenstand und Ernte zu hoch geschätzt. Immerhin bewegten sich die Fehlangaben bisher innerhalb gewisser Grenzen und wurden schliesslich, wenn auch oft sehr spät, richtiggestellt. Jetzt man sich aber etwas ganz neues zurechtgelegt. Man schweigt entscheidende Wirtschaftsvorgänge einfach tot.

Der Unterschied zwischen dem Kapitalbedarf für Neuinvestitionen und dem, was in der Staatsindustrie akkumuliert worden ist, ist sehr gross geworden: Entweder müssen die für Investitionen bestimmten Summen scharf gekürzt werden, mit anderen Worten, muss das Tempo der Industrialisierung verlangsamt werden, oder aber es müssen die "freien Mittel" der Bevölkerung noch viel stärker mobilisiert werden als bisher. Neue Steuern, neue Anleihen. Senkung des Reallohns. Nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil: Die 17. Konferenz der bolschewistischen Partei stellte geradezu gigantische Kontrollziffern für 1932 auf. 90 Millionen Tonnen Kohle gegen 56 im Vorjahr, 9 Millionen Tonnen Roheisen gegen 4,9, 8 Millionen Tonnen Walzeisen gegen 4, um nur einige der wichtigsten Ziffern zu nennen. Gleichzeitig aber, ein wahres Wunder, eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 16 Prozent. Das schien unbegreiflich. Und es blieb unbegreiflich, solange man nur die offizielle russische Presse und Statistik verfolgte. Jetzt erst wird bekannt, dass Anfang Februar eine ungeheure Teuerungswelle über Rußland niederging. Neue Anleihen allein genügen nicht. Was der industrielle Sektor des Betriebs "Rußland" nicht aufbringt, muss der genossenschaftliche Sektor aufbringen. Die Industrie zahlt höhere Löhne, aber die Preise, zu denen der Staat an die Arbeiter und Angestellten verkauft, steigen ungleich mehr und schneller. Der Reallohn sinkt.

Der Sowjetbürger kann auf drei oder sogar vier verschiedenen Märkten ein und dieselbe Ware zu ganz verschiedenen Preisen kaufen. Seinem Betrieb oder

seinem Amt ist eine sogenannte geschlossene Verteilungsstelle zugeteilt. Dort kauft er, was er auf Grund der Lebensmittelkarten und Bezugsscheine kaufen darf. Man weiss nun schon zur Genüge, dass die dort erhältlichen Mengen nicht ausreichen. Sie müssen ergänzt werden durch Kauf im Privathandel oder in den "kommerziellen Geschäften" oder in den Torgsin-Läden. Der Privathandel, zehnmal ausgerottet, zum elftenmal wiedererstanden, hat auch heute noch eine ansehnliche Bedeutung. Die Preise, die dort gezahlt werden, liegen weit über jenen den geschlossenen Verteilungsstellen. Kaum viel weniger hoch sind die Preise in den kommerziellen Geschäften. In ihnen, staatlichen Geschäften, ist alles zu haben. Niemand braucht eine Karte, aber er braucht viel Geld. So viel, dass diese Geschäfte den Namen "Stalinmuseen" bekommen haben! Nur zum Ansehen, zum Kaufen zu teuer. Und schliesslich gibt es für Ausländer und für Russen, die aus dem Ausland, von Verwandten, Valuta erhalten, die Torgsin-Läden, wo nur gegen Valuta verkauft wird, ein Kilogramm Wurst soundsoviele Dollar.

Bei der Warenknappheit berühren die Preise in dem "freien Sektor" den Arbeiter ziemlich stark. Er muss einen Teil seiner Lebensmittel, Kleider, Schuhe usw. dort kaufen. Bis jetzt waren aber wenigstens die Preise in den geschlossenen Verteilungsstellen verhältnismässig erschwinglich. Jetzt sind sie mit einem Schlag erhöht worden und zwar ganz gehörig. Im Januar bezahlte man für ein Kilogramm Kartoffel 7 Kopeken; heute kosten sie 10. Das wären umgerechnet 21 Pfennig. Doch besagt das nichts. Die Preise müssen an dem Durchschnittseinkommen des russischen Arbeiters gemessen werden. Das betrug im Oktober 1931 97,60 Rubel (ca. M.210.--) im Monat. Nach der Lohnerhöhung, die aber erst im Laufe des Jahres durchgeführt werden soll, würde es 112,62 Rubel (ca.M.244.--) ausmachen. Setzen wir nun die Preise vor und nach dem 1. Februar nebeneinander so ergibt sich folgendes Bild :

	Rubel:	
Rindfleisch 1 kg	1,00	1,45
Brot 1.Sorte "	0,40	0,50
" 2. " "	0,23	0,28
Makkaroni "	0,42	0,69
Stückzucker "	0,66	1,26
Feinzucker "	0,58	1,10
Petroleum 1 L.	0,13	0,20
Tee 25 gr.	0,23	0,35

Die Preise für Schuhe haben sich im Durchschnitt um 50 Prozent erhöht, die für Stoffe und Kleider um nahezu 100 Prozent. Was unter diesen Umständen die Lohnerhöhung bedeutet, ist ohne weiteres klar. Während der Lohn um 16 Prozent erhöht wurde, erhöhten sich die Preise für Kartoffeln um 43 %, für Fleisch um 45 %, für Brot 1.Sorte um 25 %, für Brot 2.Sorte um 12 %, für Makkaroni um 64 %, für Stückzucker um 81 %, für Feinzucker um 90 %, für Petroleum um 54 % und für Tee um 52 %.

In der Woche, die diese enorme Lebensmittelteuerung brachte, tagte in Moskau die kommunistische Parteikonferenz. Es war auf ihr von allem möglichen die Rede. Aber niemand fand Zeit, sich zu dieser Lohnsenkung zu äussern. Es war ähnlich auf dem Sowjetkongress im Vorjahr. Nach fünf Tagen wurde er wieder nach Hause geschickt. Ueber den Industrieaufbau kein Wort. Die Delegierten mussten, so sagte man, zurück zu den Erntearbeiten. Jetzt hat man nicht einmal eine Ausrede gebraucht. Die Räte haben ebensowenig zu sagen wie die Mitglieder der Partei. Das Leben der werktätigen Massen Sowjetrusslands wird bestimmt von einem immer kleineren Kreis von Menschen, und dieser kleine Kreis kommandiert den werktätigen Massen Sowjetrusslands: hungert!

SPD. Braunschweig, 2. März (Eig. Drahtb.)

Der politische Referent des Landesverbands Braunschweig im Stahlhelm, Krempel, machte auf einem staatspolitischen Abend der Deutschnationalen Volkspartei bemerkenswerte Mitteilungen über die Zerwürfnisse innerhalb der "nationalen Front". Krempel erklärte, dass seine Informationen nicht mehr als vertraulich betrachtet zu werden brauchten.

Die Kandidatur Duesterbergs sei - so führte Krempel aus - nur deshalb ins Auge gefasst worden, weil die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm die nationalsozialistischen Bedingungen von Harzburg auf keinen Fall hätten annehmen können. Hitler habe in Harzburg erklärt, in einem Vierteljahr werde er die Herrschaft in Preussen in der Hand haben. Diese Voraussage sei in keiner Weise eingetroffen. Von den Nationalsozialisten seien nach der Uebernahme der Macht im Reich und nach einem Sieg bei der Reichspräsidentenwahl die Posten des Reichskanzlers, des Aussenministers, des Wehrministers und des Innenministers verlangt worden. Hugenberg und dem Stahlhelm habe man lediglich die Verwaltung der Finanzen in die Hand geben wollen. So habe man die Deutschnationalen und die Stahlhelmvertreter zu Bonen der Nazis machen wollen, während die Nationalsozialisten die Macht allein in der Hand gehalten hätten. Hitler habe sogar über den Fortbestand des Stahlhelms keine bindenden Versprechungen abgegeben wollen. Aus diesen Gründen hätten Deutschnationale und Stahlhelmer die Kandidatur Hitlers auf keinen Fall unterstützen können. Wenn Hitler etwas anderes angenommen habe, so habe er sich eben gründlich geirrt.

SPD. Die Sowjetunion ist auf ausländische Qualitätsarbeiter angewiesen, da das kulturelle Niveau der russischen Arbeiterschaft hinter den grossindustriellen utopischen Plänen des Rätestaates weit zurückbleibt. Dieser ausländischen Arbeiter, die sich von der kommunistischen Propaganda einfangen liessen, wartet drüben grosse Enttäuschung. Ihre Verträge werden nicht eingehalten. Kaum sind sie drüben, so werden sie Opfer eines schamlosen Vertragsbruches und Lohndruckes. In den Normalanstellungsverträgen findet sich ein Paragraph 17 mit folgendem Wortlaut:

"Bei Auflösung des Vertrages durch die Wirtschaftsorganisation aus Gründen, die von dem Arbeitnehmer unabhängig sind, ist die Wirtschaftsorganisation verpflichtet, dem Arbeitnehmer eine Abfindung zu zahlen."

Die Praxis ist nun, dass die Sowjetorgane, gestützt auf diesen Paragraphen, alsbald kündigen, die Entschädigung ist minimal, und nun muss der Arbeiter wesentlich verschlechterte Arbeitsbedingungen annehmen. Die staatlichen Wirtschaftsorgane enthüllen sich als ein brutaler Unternehmer, der unter Ausbeutung der Notlage den von ihm nach Russland gelockten Arbeitern Verschlechterungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen diktiert. Die Züge des Kapitalismus grinsen hinter der Maske der Planwirtschaft hervor. So sieht es in Sowjetrussland aus! Was ist dann besser gegenüber Deutschland?

SPD. München, 2. März (Eig. Drahtb.)

Die oberfränkische Porzellanstadt Selb (15 000 Einwohner) hat sich gezwungen gesehen, bis auf weiteres die Gehaltszahlungen an ihre Beamten einzustellen. Die Wohlfahrtsunterstützungen an die Arbeitslosen werden jedoch weitergezahlt. Die finanzielle Bedrängnis der Stadt steigerte sich mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Oktober vorigen Jahres von Woche zu Woche, da die grossen Porzellanbetriebe von Rosenthal und Hutschenreuther nahezu völlig stillgelegt sind.

SPD. Das neue amtliche Organ der hessischen Nazi-Partei, der "NS-Kurier" dessen erste Nummer am Mittwoch als Konkurrenz zu dem bisherigen Organ "Hessenhammer" in Darmstadt erschien, wurde wegen schwerer Verstösse gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 auf zwei Wochen verboten.

SPD. Zürich, 2. März (Eig. Drahtb.)

Das sozialdemokratische Züricher "Volksrecht" erfährt zu der Verhaftung des nationalsozialistischen Agenten Schulz in Askona, dass es sich bei dem Verhafteten möglicherweise doch um einen Erzberger-Mörder handle. Schulz sei im Jahre 1931 als Journalist in die Schweiz gekommen und von dem deutschen Konsulat in Zürich empfohlen worden. Bei seiner Vernehmung habe Schulz erklärt, die deutschen Konsulate in Zürich und Lugano seien in den Händen von Parteigängern Hitlers und begünstigten die nationalsozialistische Propaganda in den schweizerischen Städten. Schulz habe weiter erklärt, dass er während seines Aufenthaltes in Askona die Aufgabe gehabt habe, dort den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun während seines Erholungsurlaubs zu beobachten.

Das Züricher "Volksrecht" teilt schliesslich noch mit, dass Schulz bereit sei, vor der Polizei weitere Enthüllungen zu machen, wenn er zugleich dem deutschen Konsul in Lugano gegenübergestellt werde.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die Generaldirektoren der Schultheiss-Patzenhofer A.G. beantragte Oberstaatsanwalt Sturm am Mittwoch gegen den Hauptangeklagten Ludwig Katzenellenbogen wegen Bilanzverschleierung, Untreue und Prospektbetrugs insgesamt 1 1/2 Jahre Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, eventuell fünf weitere Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft soll Katzenellenbogen, der als einziger Angeklagter in Haft sitzt, voll angerechnet werden.

Gegen Generaldirektor Penzlin beantragte Oberstaatsanwalt Sturm wegen Bilanzverschleierung drei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, für die im gegebenen Falle ein Monat Gefängnis einzusetzen ist, wegen Prospektbetrugs sechs Monate Gefängnis und weitere 10 000 Mark Geldstrafe. Diese Strafe soll in sieben Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe zusammengezogen werden. Für den Angeklagten Sobernheim hält die Staatsanwaltschaft vier Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, gleichfalls wegen Bilanzverschleierung, für angemessen. Der Antrag gegen den Angeklagten Kuhlmay lautet auf zwei Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe. Gegen Generaldirektor Funke beantragte der Oberstaatsanwalt schliesslich wegen Bilanzverschleierung insgesamt 20 000 Mark Geldstrafe, davon 10 000 Mark an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 1 Monat.

In ihren Pladoyers gaben die Anklagevertreter ein umfassendes Bild der zweifelhaften Geschäfte der Angeklagten, ein Bild, das die skandalöse Miswirtschaft im vielverzweigten Schultheiss-Konzern in den Details aufzeigte.

SPD. Paris, 2. März (Eig. Drahtb.)

Das französische Handelsministerium teilt zu dem Abschluss des neuen französisch-italienischen Handelsabkommens u. a. folgendes mit:

"Das Abkommen weicht in seinen Grundsätzen die Politik ein, die die französische Regierung künftighin bei dem Abschluss von Handelsverträgen anzuwenden gedenkt. Diese neue Politik, die alle Nachteile vermeiden soll, die die seit 1927 abgeschlossenen Verträge hervortreten liessen, ist die Folge der durch die Wirtschaftskrise geschaffenen Lage. Frankreich hat die Pflicht, seine Produktion gegen die Masseneinfuhr zu schützen, die im Jahre 1931 das

Defizit der Aussenhandelsbilanz herbeigeführt hat. Das neue französisch-italienische Abkommen sieht zunächst für Frankreich die völlige Wiedererlangung seiner Tarif- und Zollfreiheit vor. In Zukunft werden weder für die in Italien eingeführten französischen, noch für die in Frankreich eingeführten italienischen Waren Vertragszölle existieren. Auf dem Gebiet der Einfuhrkontingente ist beiden Ländern völlige Handlungsfreiheit gelassen worden. Es ist nur vereinbart, dass jedes Land die Möglichkeit haben soll, das Gleichgewicht durch Kontingentierungsmaßnahmen oder Zollerhöhungen wiederherzustellen, wenn dieses Gleichgewicht zu einem Schaden gestört worden ist. Eine andere wichtige Neuerung des Abkommens besteht darin, dass es keinen vollständigen Austausch von Mindestzöllen enthält. Besonders werden auf Weine und Liqueure sowie Automobile und Automobil-Ersatzteile in Frankreich und Italien nur dann die niedrigen Zollsätze angewandt werden, wenn eine Vereinbarung zwischen französischen und italienischen Vertretern des Weinbaus und der Automobilindustrie abgeschlossen wird. Die französischen Vertreter werden sich demnächst nach Rom begeben, um die Möglichkeiten eines solchen Abkommens zu prüfen."

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Die zwischen der deutschen und der italienischen Delegation geführten Besprechungen über einige Abänderungen des bestehenden deutsch-italienischen Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 31. Oktober 1925 haben zum Abschluss eines Zusatzabkommens über eine Reihe konkreter Fragen geführt, das in den nächsten Tagen unterzeichnet wird.

Ausserdem haben die beiden Delegationen während der Verhandlungen die Handelsbeziehungen ihrer Länder einer umfassenden Nachprüfung unterzogen. Sie sind dabei zu der Ueberzeugung gekommen, dass erfolgversprechende Möglichkeiten für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien bestehen. Demgemäss haben die beiden Regierungen sich entschlossen, zunächst binnen kürzester Frist Besprechungen zwischen deutschen und italienischen Produzenten herbeizuführen, um damit die tatsächlichen Grundlagen für Vereinbarungen zwischen den gleichartigen Wirtschaftszweigen beider Länder zu schaffen.

Die beiden Regierungen sind darüber einig, dass die Ergebnisse dieser Besprechungen einen nützlichen Ausgangspunkt für künftige Verhandlungen zwischen den beiden Ländern bilden werden.

SPD. Paris, 2. März (Eig. Drahtb.)

Das "Journal des Débats" schreibt zu der 600 Millionen-Anleihe, die in Frankreich mit der Garantie des Staates für die Tschechoslowakei aufgelegt werden soll:

"Es handelt sich bei dieser Anleihe nicht nur um eine technische, sondern auch um eine politische Frage von grösster Bedeutung. Die Tschechoslowakei ist das stabile Element in Mitteleuropa, dessen ganzes Wirtschaftssystem sie gewissermassen stützt. Von der Tschechoslowakei können neue Massnahmen kommen, die imstande sind in dieser Gegend einen Wall gegen die pangermanistische Flut zu errichten. Die Tschechoslowakei ist ausserdem die Verbündete Frankreichs. Beide Länder haben die gleichen Interessen an der Konsolidierung des nach dem Kriege geschaffenen Europas. Sie müssen sich gegenseitig Hilfe leisten. Es wäre zu wünschen, dass diese finanzielle Zusammenarbeit ihr Gegenstück auf politischem Gebiet finden möge, auf dem der Kontakt eng bleiben muss."

SPD. Helsingfors, 2. März (Eig. Drahtb.)

Die Regierung ist weiterhin entschlossen, den Lappofaschisten mit allen Mitteln entgegenzutreten. Sie hat die Garnison in Helsingfors neuerdings durch ein Tankregiment und ein Infanterieregiment aus der Provinz verstärken lassen. Ferner wurde die Verhaftung der Putschistenführer Kosala und Wallenius angeordnet. Das Oberkommando über die Armee und die Schutzgarde hat der Reichspräsident übernommen. Helsingfors selbst ist kriegsmässig gesichert. In den Vororten sind Geschütze aufgestellt und Maschinengewehrnester angelegt worden.

Aus Mänsälä, dem Hauptsitz der Faschisten, hat die Regierung zuverlässig erfahren, dass am 13. März ein Marsch der Lappofaschisten nach Helsingfors geplant ist und die Lappofaschisten zu der gleichen Zeit bestimmt mit einem Putsch der Nationalsozialisten in Deutschland rechnen.

Am Mittwoch nachmittag um 14½ Uhr trat der Reichstag zur Entgegennahme einer Regierungserklärung zusammen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

In der Zeit vom 25. Februar bis 1. März 1932 sind 1 128 Kleinsiedlersteller bewilligt worden, u. a. Hindenburg O/S. 60, Münster i. W. 152, Meiningen 50, Elmschlhagen/Schl. Holst. 50, Braunschweig 126, Halle a/S. 140, Mansfeld-Land 100, Bielefeld 100, Mainz 100.

Ebenso sind in derselben Zeit zahlreiche Kleingartenstellen bewilligt worden, so in Hindenburg O/S. 245, Zittau i. Sa. 120, Wurzen i. Sa. 100, Leipzig 1000, Spremberg i/ Lausitz 100, Hirschberg i/ Rsb. 102, Krefeld-Uerdingen 320, Altenburg i. Thür. 100, Braunschweig-Stadt 225.

SPD. Halle, 2. März (Eig. Drahtb.)

In Dabrun, einem Arbeiterdorf im Kreise Wittenberg, in dem bisher der Radikalismus herrschte, gelang es eine stark besuchte Versammlung der Eisernen Front durchzuführen. Der Redner erntete stürmischen Beifall, als er erklärte: Wir wählen Hindenburg nicht, weil er Sozialist ist oder einer werden wird, wir wählen ihn, um mit Hindenburg Hitler zu schlagen.

Der so vernünftig sprach, war bis vor ganz kurzer Zeit hervorragender Kommunalfunktionär der KPD im Bezirk Halle. Er ist der Gemeindevorsteher Chemnitz aus Roitsch bei Bitterfeld.

SPD. Warschau, 2. März (Eig. Drahtb.)

Die polnische Presse zeigt gegenüber der Ankündigung von deutschen Maximalzöllen gegenüber denjenigen Staaten, die keinen Handelsvertrag mit dem Reich abgeschlossen haben, äusserste Zurückhaltung. Halbamtlich wird versichert, dass Polen im Falle des Inkrafttretens dieser Zölle entschlossen sei, sofort mit entsprechenden Gegenmassnahmen zu antworten.

Die offiziöse "Gazeta Polska" weist darauf hin, dass der Beschluss der Reichsregierung nur gegen Polen gerichtet wäre, seine Folgen aber Deutschland selbst treffen würden. Die Aussenhandelsbilanz zwischen Deutschland und Polen habe bisher stets mit einem grossen Aktivsaldo zugunsten Deutschlands abgeschlossen. Das müsse jedoch für den Fall eines Inkrafttretens der deutschen Maximalzölle und entsprechenden polnischen Gegenmassnahmen aufhören.

SPD. Halle, 2. März (Eig. Drahtb.)

An einer einsamen Stelle der Landstrasse nach Halle wurde der Gastwirt Glaser aus Seeben erstochen. Der Ueberfallene, der als kommunistischer Funktionär in der Gegend bekannt war, wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. Obwohl alle Umstände darauf hindeuten, dass es sich um eine neue Bluttat der Nazis handelt, tischt das Hallesche Naziblättchen seinen Lesern ein Märchen von einem kommunistischen Fememord auf.

SPD. London, 2. März (Eig. Drahtb.)

Die englische Devisen-Notverordnung, die den Erwerb von Devisen nur für Import- und Reisezwecke gestattete, ist aufgehoben worden. In Erwartung der Aufhebung dieser Verordnung war der Pfundkurs in den letzten Tagen durchweg fest.

Im Unterhaus teilte der Schatzkanzler am Mittwoch mit, dass England am Freitag von den im letzten Sommer von Amerika geliehenen 40 Millionen Goldpfund 30 zurückzahlen wird. Der nicht aus Jahreswechselln bestehende französische Kredit von 20 Millionen Goldpfund soll ebenfalls am Freitag auf 7 Millionen reduziert werden. Der Rest des französischen Kredits in Höhe von 20 Millionen Goldpfund hat die Form von Jahreswechselln, die erst bei ihrer Fälligkeit eingelöst werden können. Der Valuta-Verlust, der sich infolge der bisher erfolgten Abkehr des Pfundes vom Gold ergibt, wird von der englischen Staatskasse auf Kapitalkonto übertragen, d. h. er wird nicht in den laufenden Jahresausgaben verzeichnet werden. Angesichts dieser Finanzlage wird allgemein eine Herabsetzung der Diskontrate der Bank von England erwartet. Die City hofft, dass die Bank den Diskontratsatz um ein volles Prozent auf vier Prozent heruntersetzen wird.

SPD. Wittenberg, 2. März (Eig. Drahtb.)

Wo Kommunisten regieren, kommt es bestimmt zur Pleite. Nachdem erst vor mehreren Wochen die vom Gründungstage an von Linienkommunisten beherrschte Konsumgenossenschaft "Gewerkschaftshaus Wittenberg" ihren Konkurs hat anmelden müssen - der übrigens wie in Halle wegen Mangel an Masse eingestellt werden dürfte - hat jetzt der Konsumverein Wittenberg keine Zahlungen eingestellt. Er strebt das Vergleichsverfahren an. Die Genossenschaft zählte 4800 Mitglieder und unterhielt 17 Abgabestellen.

Mit der Wittenberger Pleite ist wieder eine von der KPD beherrschte einst glänzend dastehende Genossenschaft durch die unverantwortliche Politik Moskaus zugrunde gerichtet worden. Wie in Halle und Merseburg wurde alles, was nicht auf den Sowjetstern schwörte, hinausgegrault und das Unternehmen als eine Nebenorganisation der Kommunistischen Partei betrachtet. Wittenberg, Halle, Merseburg, drei rote Proviantämter sind einmal gewesen.

SPD. Der preussische Haushaltsplan wurde am Mittwoch dem Preussischen Staatsrat vorgelegt.

Der preussische Finanzminister, der die Sitzung des Staatsrats mit längeren Ausführungen einleitete, erklärte u. a., dass die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung über den Ausgleich des restlichen Fehlbetrages von 100 Millionen Reichsmark am Dienstag abgeschlossen worden seien. Die Reichsregierung übernehme gegen eine Ausgleichs-

zahlung von 100 Millionen Mark die preussische Beteiligung bei der Deutschen Siedlungsbank, der Landesrentenbank und den Siedlungsgesellschaften. Weitere verwaltungsmässige Uebertragungen von Preussen auf das Reich seien nicht vorgesehen. Angesichts der damit verbundenen Beseitigung eines Dualismus werde man das Abkommen durchaus begrüssen können.

SPD. Schanghai, 2. März (Eig. Drahtb.)
Die chinesischen Truppen haben sich nach der Landung starker japanischer Verstärkungen um mehr als 20 Kilometer von Schanghai zurückgezogen. Die Räumung von Schapei erfolgte in der Nacht zum Mittwoch. Die Japaner fanden die chinesischen Stellungen am Mittwoch-Morgen zu ihrer Ueberraschung leer. Die Japaner rückten sofort langsam vor. Sie vermuten hinter dem Zurückweichen der Chinesen eine strategische List.

Japan hat mit dem Rückzug der Chinesen sein militärisches Ziel erreicht. Sein Ultimatum forderte die Zurückziehung der chinesischen Truppen in eine Entfernung von 20 Kilometer von Schanghai. Nachdem dieser Forderung entsprochen ist, dürfte Japan verhandlungsbereit sein.

SPD. Die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Reichspräsidentenwahl ist abgelaufen. Es kandidieren:

1) Duesterberg, 2) Hindenburg, 3) Hitler, 4) Thälmann.

Die Kandidaten werden auf dem amtlichen Stimmzettel in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

SPD. Helsingfors, 2. März (Eig. Drahtb.)
Am Mittwoch nachmittag besetzte ein starkes Polizeikommando das sozialdemokratische Parteiorgan in Helsingfors. Die Mittwoch-Ausgabe des Blattes wurde beschlagnahmt. Der Grund ist vorläufig unbekannt.

SPD. Kassel, 2. März (Eig. Drahtb.)
Der Hauptschriftleiter und der Umbruchredakteur des Kasseler Nazi-Blättchens sowie dessen Drucker wurden wegen Vergehens gegen die Oktober-Notverordnung des Reichspräsidenten zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Kasseler Nazi-Blättchen war am 15. Februar von dem Oberpräsidenten in Kassel auf die Dauer von drei Wochen verboten worden. Das Verbot sollte am 16. Februar in Kraft treten. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten erschien jedoch am Abend des 15. Februar noch eine Nummer des Blättchens, in der das Verbot mitgeteilt wurde. Am 16. Februar erschien eine weitere Ausgabe mit der Begründung des Verbot. Der übrige Raum war durch Anzeigen gefüllt. Staatsanwaltschaft und Gericht erblickten in dem Verhalten der Redakteure und des Druckers des Nazi-Blättchens ein Vergehen gegen die Oktober-Notverordnung.

Anm.f.d.Red.: Am Donnerstag gelangt eine ganzseitige Gratis-Mater zur Reichspräsidentenwahl zum Versand. Die Redaktionen werden dringend gebeten diese Mater für die Sonntagsausgabe der Blätter zu benutzen.

Mit Adolf im Felde.

Von Josef Stettner.

SPD. Immer wieder wird Hitler in der Nazi-Presse als hervorragender Frontsoldat hingestellt. Er war alles andere als das. Da ich mit Hitler im gleichen Bataillon im Felde war und ihn daher kenne, habe ich nach und nach alles über ihn gesammelt, was in der Kompanie und bei meinen Kameraden über ihn heute noch bekannt ist.

Es ist nicht viel über ihn zu sagen und wenn er nicht von der Welle der Demagogie in Deutschland vorübergehend einer von jenen geworden wäre, "von denen man spricht", dann würde kein Mensch sich um diesen Menschen kümmern. Hitler rückte als "Kriegsfreiwilliger" 1914 beim 16. bay. R. I. R. in München ein. Hätte er nicht die dazu nötige "Begeisterung" aufgebracht, dann wäre ihm das "Fronterlebnis" keineswegs erspart geblieben; denn die Österreicher, zu denen er eigentlich gehörte, hätten ihn bestimmt als Deserteur-Refraktär auch in Deutschland gefunden. Das 16. bay. R. I. R. kam im Oktober 1914 an die Westfront und lag nach kurzen aber ungeheuer verlustreichen Kämpfen in einer Schützengrabenstellung zwischen Kemmelberg und Lille, wo es ununterbrochen bis zum Sommer 1916 liegen blieb. Die Begeisterung der Freiwilligen, aus denen das ganze Regiment bestand, war bereits in den schlammigen Rübenfeldern zwischen Gheluvelt und Wytschaete in den sogenannten Langemarkkämpfen verloren gegangen und die nasse, unsagbar schlechte Stellung bei Fromelles und Aubers machte aus dem einst so stolzen Regiment eine verbitterte, schimpfende, mit Gott, der Welt und sich selbst unzufriedene Gemeinschaft, die aus Disziplin und Selbsterhaltungstrieb ihre harte Pflicht tat.

Unser Hauptfeind in jener Stellung waren nicht die uns gegenüberliegenden Tommys und Portugiesen, sondern das Wasser, der Lehm und die Ratten. Hitler hatte es aber verstanden, rechtzeitig "Druckpunkt" zu nehmen. Er erwischte bereits Ende 1914 ein Pöstchen als Regimentsordonnanz hinter der Front. Zuerst lag er beim Regimentsstab in den unterirdischen Gewölben und Kellern von Fromelles. Monatelang mussten die Infanteriekompanien, die in Reserve lagen und eigens dazu kommandierte Pioniere daran arbeiten, die Unterstände des Regimentsstabes bombensicher zu machen. Während wir vorn im Graben 7 bis 10 Tage ununterbrochen in der Nässe lagen oder bis zum Bauche im Schlamm auf Posten standen, lag Hitler auf einer warmen läusefreien Drahtklappe in Fromelles und hatte mehrere Meter schützendes Gestein über seinem Heldenhaupte. Es dauerte aber gar nicht so sehr lange, da richtete sich der ganze Stab sogar in Fournes, etwa 10 Kilometer hinter der ersten Linie, noch viel gemütlicher ein. Dort hatten die Ordonnanzen über ein Jahr ein eigenes Zimmer in einem ehemaligen Estaminet (kleine Wirtschaft oder Kaffee). Jeder von uns im Graben hätte sich die Finger geleckert, wenn er mit dem Helden Hitler auch nur 8 Tage hätte tauschen können.

Nun haben manche Hitlerverherrlicher darauf hingewiesen, dass der Dienst als Ordonnanz schwerer gewesen sei, als der eines Grabensoldaten. Während die Truppen in der ersten Linie hätten ruhig in Deckung liegen können, so sagt man zu Hitlers Gunsten, seien die Melder auf ihren Gängen dem Feuer viel mehr ausgesetzt gewesen. Das kann ich aber nur für Kompanie- oder noch Bataillonsordonnanz gelten lassen. Die Regimentsordonnanz mussten im schlimmsten Falle höchstens bis zum Bataillonsunterstand, der immer noch weit hinter der ersten Linie lag und selbst diesen Gang mussten in den meisten Fällen, besonders wenn dicke Luft war, die Befehlsempfänger des Bataillons beim Regimentsstab übernehmen. Die Tätigkeit der Regimentsordonnanz lag durchweg ausserhalb der gefährlichen Zone des Maschinengewehrfeuers. Bei Fromelles hatten wir fast nur Verluste durch Maschinengewehr und Infanterief Feuer. Das Artillerief Feuer war damals lange nicht so gefürchtet wie später an der Vimyhöhe, der Somme und der Ailletteniederung.

Das Fronterlebnis bestand für den Gefreiten Hitler mehr im Genuss von Kunsthonig und Tee als in der Beteiligung an irgendeiner Kampfhandlung. Von der wirklichen Kampfzone war er durch eine Zone von rund 10 Kilometern getrennt. Tausende von Familienvätern hätten Hitlers Pöstchen hinter der Front mindestens ebenso gut ausgefüllt; aber es ist nicht bekannt, dass sich Hitler damals so nach vorn gedrängt hat, wie er es heute die verblendete deutsche Jugend weismachen will. Er hat, wie wir Frontsoldaten damals zu sagen pflegten "die Stellung gehalten".

Hitler war im Kreise seiner Kameraden als sogenannter "Spinner" verrufen. Auf Deutsch heisst das, dass er auf die "Banäel", d.h. die Unteroffiziers-tressen und auf Auszeichnungen "spann". Unter wirklichen Frontsoldaten ist es nie ein Geheimnis gewesen, dass das Eiserne Kreuz und besonders die Landesauszeichnungen viel eher bei den Stäben hinter der Front als vorn im Graben zu holen waren. Ich kenne gerade in unserem Regiment viele Offiziersburschen und Ordonnanzen bei den hinteren Befehlsstellen, die eher die "üblichen" Auszeichnungen bekamen als selbst tapfere Offiziere im Graben.

Hitler ist einer von jenen Menschen, die vom Schein und nicht vom harten Sein leben. Ich kann mir, als ehemaliger Frontsoldat, keine grössere Schande für das deutsche Volk vorstellen, als wenn Hitler auch nur einen Achtungserfolg bei den kommenden Wahlen erzielen würde.

Aus aller Welt

Schmuggel in Berlin.

SPD. Die Zollmauern, die sich rings um Deutschland auftürmen, schliessen das Reichsgebiet hermetisch ab. Nur an den Zollstellen und Zollämtern dürfen die vom Ausland kommenden Waren die Grenze passieren. Würde man aber dort alle Einfuhrgüter einer genauen Revision unterziehen, alle Kisten und Ballen zur Untersuchung öffnen, so hätten nicht nur ihre Empfänger beträchtliche Mehrkosten zu tragen, sondern die eingeführten Waren würden sich in den Zollschruppen anhäufen, den Durchgangsverkehr verstopfen und die ordnungsgemässe Abwicklung der Zollgeschäfte in Frage stellen. Deshalb werden die Auslandswaren in den meisten Fällen bei den Grenzzollämtern nur angemeldet und gehen mit Begleitpapieren auf dem, wie der Fachmann sagt, "zollgebundenem" Wege weiter an das betreffende Zollamt im Reiche, wo die Deklarationen geprüft werden und die Ware vom Empfänger gegen Entrichtung der Zollabgabe in Empfang genommen werden kann. Neben diesem ordnungsmässigen Weg gibt es noch eine Menge Schleichwege, an deren Seiten wie Markierungssteine die Paragraphen des Strafgesetzbuches stehen - sie werden trotzdem häufig genug beschritten, um die Zahlung der gesetzlichen Zollabgabe zu umgehen.

Aus diesem Grunde sind nicht nur die Zollämter an der Grenze, sondern auch die im Hinterland an der Abwehr des Schmuggels beteiligt. Aber während an der Zollgrenze selber, besonders im Westen, der Kampf zwischen dem gewerbsmässigen Schmugglertum und den Beamten der Reichszollverwaltung immer heftigere Ausmasse annimmt, und zu einem Kampf auf Leben und Tod geworden ist, der mit Hilfe von Automobilkolonnen, gepanzerten Wagen und Pistolen ausgetragen wird, vollzieht sich der Schmuggel im Innern Deutschlands auf verschlungenen, unterirdischen Wegen. Denn die meisten der über die "Grüne Grenze" geschmuggelten Waren, von dem Kleinschmuggel, wie er in den Grenzgebieten üblich ist, ganz abgesehen, werden weit in das Hinterland, vor allen in die grossen Städte gebracht und dort im Schleichhandel abgesetzt. So wird beispielsweise der aus Holland oder Belgien auf verbotenem Wege eingeführte Tabak von Schwarzfabrikanten, die im Verborgenen ihrem dunklen Gewerbe nachgehen, zu Zigaretten verarbeitet. Die Hülsen werden bekannten Zigarettenmarken nachgeahmt, die Packungen mit gefälschten oder gestohlenen Banderolen beklebt. Ausser Tabak werden hauptsächlich Kaffee, Mehl und Zucker in das Zollhinterland eingeschmuggelt.

In Berlin richtet sich der Kampf der Zollbehörden nicht nur gegen offensichtliche Zollhinterziehungen, die natürlich an der Grenze weit häufiger vorkommen, sondern auch gegen die erschlichenen Zollerlässigungen, mit denen immer wieder Einzelpersonen oder Betriebe die Zollgesetze zu hintergehen versuchen. Und Tag für Tag muss ein Stab mit allen Kniffen vertrauter Aussenbeamter in Bewegung sein, um den raffiniert ins Werk gesetzten Betrugsmanövern auf die Spur zu kommen. Einige Beispiele aus der Praxis wurden uns von dem Leiter des grössten Berliner Zollamtes "Packhof", das sich am Lehrter Bahnhof befindet, mitgeteilt: So beträgt der Zoll für kunstseidene Fertigfabrikate 2 000 Mark pro Doppelzentner, während man für "merzerisierte" Baumwollgewebe ("Merzerisieren", ein Verfahren, das mit Hilfe von Natronlauge Baumwollgarnen- und Geweben einen seidenähnlichen Glanz verleiht), nur 120 bis 180 Mark zu entrichten braucht. Um den hohen Zoll für Kunstseide zu umgehen, werden z.B. kunstseidene Strümpfe einfach als merzerisierte Baumwolle deklariert. Einen schlaunen Gedanken hatte ein Bäckermeister, der Holzmehl vom Ausland bezog. Um den Zoll

zu sparen, meldete er es als Sägemehl an, das bekanntlich zollfrei ist. Freilich wurde der Betrug durchschaut, und nun kostet ihm der Spass mehr, als die ganze Ware wert ist. Einen besonderen Witz leistete sich ein Automobilhändler. Bei Kraftwagen wird der Zoll nach dem Gewicht erhoben. Je schwerer der Wagen, um so niedriger der Zollsatz. Der Händler meldete also mehrere elegante, teure Markenwagen bei der Zollbehörde zur Verzollung an. Merkwürdigerweise waren die Autos schwerer als die andern Wagen der gleichen Marke, deren übliches Gewicht den Zollbeamten bekannt war. Das Mehrgewicht betrug soviel, dass die Wagen in eine höhere Klasse kamen und beträchtlich niedriger zu verzollen waren. Dieses merkwürdige Uebergewicht schien verdächtig und bei der genauen Revision entdeckte man in jedem Wagen - eine Bleiplatte. Die Autos wurden beschlagnahmt und stehen nun in der Garage des Zollamts. Den Händler, der sich sechs bis sieben hundert Mark ersparen wollte, kostete der misslungene Trick fast 20 000 Mark. Falls er die Wagen zurückerhalten will, muss er noch 40 000 Mark dazu legen.

In einem der Magazine des Hauptzollamts sahen wir beschlagnahmtes Schmuggelgut: Tabak, Zigaretten, Teppichballen, Kaffee und - Automobile, die an der Grenze mit gefälschten Passagierscheinen angehalten und beschlagnahmt worden waren. All diese Güter harren hier der Versteigerung. Allerdings darf der Zuschlag nur erteilt werden, wenn der auf ihnen noch ruhende Zoll gedeckt wird. Geschieht das nicht, so werden die Waren, besonders Lebens- und Genussmittel, nicht vernichtet, wie das vielfach in der Öffentlichkeit angenommen wird, sondern man überlässt sie, soweit es irgend möglich ist den Wohlfahrtsämtern, der Winterhilfe oder den Kriegsbeschädigten-Organisationen.

+ + +

Die Wilhelms der Stadtbank. In der Mittwoch-Verhandlung im Sklarek-Prozess äusserte sich der als Zeuge vernommene Stadtbanksyndikus Dr. Lehmann über den Ruf, den die Firma Sklarek bei der Stadt Berlin genoss. Der verstorbene Stadtrat Busch habe den Sklarek-Kredit als den "besten Kredit der Stadt" bezeichnet; die angeklagten Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmitt hätten stets versichert, dass die Sklareks "prima Leute und über jeden Zweifel erhaben" seien. Der Zeuge erzählte weiter von den wilhelminischen Manieren Hoffmanns, der ein Tyrann im Westentaschenformat, den ganzen Betrieb fast militärisch organisierte, immer grosse Volksreden, aber auch "philosophische" Ansprachen hielt. Die philosophischen Bemühungen Hoffmanns, der seinen typischen Minderwertigkeitskomplex häufig durch Gebrüll abzureagieren versucht hätte, seien im übrigen krasser Dilettantismus gewesen: einmal sei Leo Sklarek ganz verzweifelt aus Hoffmanns Zimmer gekommen und hätte gerufen: "Jetzt haben ich anderthalb Stunden mit Hoffmann philosophieren müssen, und ich wollte doch ganz etwas anderes!" Der Zeuge gab ferner eine anschauliche Charakterisierung des angeklagten Stadtbankdirektor Dr. Schmitt, der in seinem Zimmer eine recht merkwürdige Schliessvorrichtung anbringen liess: "Er brauchte nur auf einen Knopf zu drücken, dann war die Tür für jeden verschlossen. An manchen Tagen ist es mir überhaupt nicht möglich gewesen zu Schmitt zu gelangen. Einmal habe ich es 33 mal vergeblich versucht". (Grosse Heiterkeit) In der Feindschaft gegen Lehmann lag Methode: Stadtbankdirektor Schmitt hat konsequent darauf hingearbeitet, den ihm unbehaglichen Dr. Lehmann aus dem Kreis derjenigen Personen, die den Sklarek-Kredit "bearbeiteten", auszuschalten. So veranlasste Schmitt eine Streichung derjenigen Bestimmung in den Sparkassensatzungen, nach der der Syndikus des Instituts der Stellvertreter des geschäftsführenden Direktors war. Vorsitzender: "Man war also gegen die Juristen". Zeuge Dr. Lehmann: "Sie waren unbeliebt..."

+ + +

Rücktritt Legals? Der Leiter des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin, Intendant Legal, dürfte voraussichtlich sein Rücktrittsgesuch einreichen. Künstlerische Misstände verschiedener Art haben in letzter Zeit zu scharfer Kritik an Legals Amtsführung veranlasst.

Devisenschieber. In Berlin wurde ein Kaufmann Ludwig Ringwald festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Ringwald soll den Staat durch Devisenschiebungen um 800 000 Mark geschädigt haben.

Schlossbrand. Das zwischen Schosdorf und Welkersdorf (Schlesien) gelegene Schloss Kessel-Schosdorf wurde am Mittwoch-Morgen durch Grossfeuer zerstört. Der gesamte Mittelbau ist ausgebrannt. Der grösste Teil der Inneneinrichtung blieb erhalten.

Bier in USA! Der Gouverneur des USA-Staates Rhode-Island unterzeichnete ein Gesetz, das den öffentlichen Verkauf von dreiprozentigem Bier zulässt. Ferner lehnt die Verwaltung von Rhode-Island die Durchführung der allgemeinen Polizeimassnahmen zur Aufrechterhaltung der Prohibition ab. Praktisch bedeutet diese Bestimmung, dass die gesamte Prohibitionsüberwachung vom Bund ausgeübt werden muss.

Amerikas Sensation. Amerika ist über Nacht in furchtbare Aufregung versetzt: Charles August Lindbergh junior, das 19 Monate alte Baby des amerikanischen Ozeanfliegers Lindbergh, wurde in Hopewell (New Jersey) aus der Wohnung seiner Eltern geraubt und bis jetzt noch nicht wiedergefunden. Die amtlichen Stellen nehmen den Fall sehr ernst: innerhalb zwei Stunden wurden in einem Gebiet von der doppelten Grösse Deutschlands sämtliche Polizei- und Truppenreserven bis auf den letzten Mann mobilisiert, um an der Aufklärung des Falles zu arbeiten. Der Polizeipräsident von New York hat die Oberleitung der Aktion. Ueber die Motive des Kindesraubs ist noch nichts bekannt. Möglicherweise liegt ein Erpressungsversuch vor. Voraussichtlich wird sich auch der Kongress mit dem Fall beschäftigen. Ein Antrag fordert, dass die Bestrafung von Menschenraub in die Gesetzgebung aufgenommen werden soll.

Zigeuner-Organisation. Die ungarischen Zigeunermusiker haben sich im Hinblick auf die sie immer stärker bedrängende Jazz-Konkurrenz zur Wahrung ihrer Standesinteressen zu einer Organisation zusammengeschlossen. Die Zigeuner fordern u.a. die Gründung eines Konservatoriums in Budapest, in dem den musikalisch begabten Zigeunerkindern, die bisher ihr Spiel nur nach dem Gehör erlernten, Musikunterricht erteilt werden soll. Ausserdem wollen die Zigeunermusiker mehrere internationale Agenturen errichten, die für ihre Kapellen Propaganda machen und Engagementsverträge abschliessen sollen.

Rauschgiftige Kamele... Beim Ueberschreiten der ägyptischen Grenze wurde eine aus Syrien kommende Kamelkarawane von den Zollbeamten besonders gründlich untersucht. Als zufällig ein Beamter mit seinen Fingern durch die dicke Wolke eines Kamelhöckers fuhr, fasst er etwas Weiches, das nicht zur Haut zu gehören schien. Er stellte fest, dass an dem Höcker kleine Stellen sauber enthaart und mit Haschischpäckchen beklebt waren. Die Päckchen waren dann so geschickt mit Haaren bedeckt worden, dass der Schmuggel nicht bemerkt werden konnte. Nur der geschilderte Zufall verhinderte, dass mit jener Kolonne von 25 Kamelen Haschisch im Werte von 20 000 Mark über die Grenze geschmuggelt wurde. Sechs arabische Schmuggler wurden verhaftet.



Maschinisierte Konfektion.

SPD. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat soeben einen dritten Bericht für das Jahr 1930 vorgelegt. Der Bericht kommt etwas spät. Ein gut Teil seines Materials ist infolgedessen heute nicht mehr aktuell. Dadurch wird der Bericht jedoch nicht wertlos. Er bringt eine Fülle wichtiger Feststellungen. Von besonderem Interesse sind, soweit bei einem ersten flüchtigen Ueberblick ein Urteil möglich ist, vor allem die Mitteilungen über die Arbeitsvermittlung, über die Beziehungen zwischen Reichsanstalt und Wohlfahrtspflege und über den Prüfungsdienst. Anschaulich und packend ist der Anhang des Berichts, der aufschlussreiches Material über die Ursachen der Arbeitslosigkeit mitteilt. Er beleuchtet die Auswirkungen der Rationalisierung und Maschinisierung, und liest sich stellenweise wie ein Kapitel aus einer modernen Wirtschaftsgeschichte. Ganz besonders instruktiv darin ist die Darstellung über die Konfektion.

Der Begriff Konfektion umfasst zwei sehr verschiedenartige Produktionsformen: Hausgewerbe und Heimarbeit einerseits und die neuere Form des industriellen Betriebes andererseits. Trotzdem zwischen diesen beiden Betriebsarten sich gewisse Ausgleichsvorgänge abspielen, tobt auch zwischen ihnen der Konkurrenzkampf und in diesem dürfte sich auf die Dauer vermutlich die industrielle Produktionsweise behaupten. Auch in der Konfektion und vor allem in ihrem industriellen Betrieb ist eine Verschärfung der Maschinisierung festzustellen. Die Vielfältigkeit und Wirksamkeit der Maschine, die bis jetzt überwiegend in den Vereinigten Staaten und in England angewandt wurden und nunmehr auch in Deutschland Fuss zu fassen beginnen, wird mit einigen Beispielen angedeutet: Maschinen zum Abnähen der Leinwand, die in Röcke und Mäntel kommt, brauchen weniger als die Hälfte der Zeit, die bei Handarbeit erforderlich wäre. Moderne Maschinen zum Einfassen und Bestechen der Nähte, der Säume, sowie zum Besetzen bei Mänteln und dergleichen brauchen nur ein Fünftel der Zeit, die bei den älteren gewöhnlichen Maschinen erforderlich wäre. Beim Absteppen des Futters leistet eine 12-Nadel-Maschine dasselbe wie eine einfache Nähmaschine in 12 Arbeitsgängen. Die Arbeit, für die eine Knopflochnäherin mit der Hand 10 bis 15 Minuten benötigt, wird von der Knopflochmaschine in weniger als einer Minute geleistet. Es gibt ferner Spezialmaschinen für das Annähen von Knöpfen, für das Säumen von Hosen, für das Aufnähen von Unterkragen usw. Für einen Sakko hat ein Heimarbeiter eine Normalarbeitszeit von elf Stunden und einigen Minuten zur Verfügung. Im Werkstattebetrieb wird ein Sakko in 60 maschinellen Gängen in 6 Stunden und 8 Minuten fertig. Die Herstellung von Hosen ergibt bei maschineller Einrichtung (Zerlegung in 33 Teilarbeiten) ein Produktionsergebnis, das bei der gleichen Anzahl von Beschäftigten und in der gleichen Zeit mengenmässig um 36 Prozent grösser ist. Die Mechanisierung wirkt sich also je nach den einzelnen Erzeugnissen und Arbeitsgängen in sehr verschiedenen Masse aus. Im ganzen erspart sie jedoch Arbeitskräfte, und zwar nach einer Schätzung von Sachverständigen etwa 80 Prozent Facharbeiter, die jedoch zum Teil durch angelernte Kräfte ersetzt werden müssen. Das verbleibende rein zahlenmässige Endergebnis dieser Verschiebung wird auf etwa 50 v.H. geschätzt.

Die Stetiner Konfektion, die ausschliesslich Herrenanzüge und Mäntel

herstellt, ist das grösste geschlossene Konfektionszentrum Deutschlands. In den letzten Jahren vor dem Krieg bestanden etwa 60 bis 65 Firmen mit 10 - 12 000 Beschäftigten. Der Umsatz wird für 1913 auf 24 bis 25 Millionen Mark geschätzt. Gegenwärtig verteilt sich ein Umsatz von 12 bis 13 Millionen Mark - in Anbetracht der Senkung des Geldwertes also weniger als die Hälfte - auf 160 Firmen. Die Angaben über die Zahl der Arbeitskräfte schwanken zwischen 7500 und 12 000. Die Abweichung ist darauf zurückzuführen, dass unter den als Heimarbeiterinnen tätigen Näherinnen zahlreiche Ehefrauen sind, die nur gelegentlich arbeiten. Die Arbeitslosigkeit in der Stettiner Konfektion hat erst seit 1928 in stärkerer Masse eingesetzt. Bei dem Stettiner Arbeitsamt waren als arbeitsuchend gemeldet im August 1927 62 Männer und 156 Frauen und im August 1930 2 600 Männer und 2 132 Frauen. Als Ursachen hierfür kommen Konjunkturrückgang und Maschinenarbeit in Frage. Vor dem Krieg lieferte die Stettiner Konfektion ihre Erzeugnisse vor allem nach den skandinavischen Ländern, ferner nach der Schweiz, Holland, Belgien, Frankreich, England, Russland sowie nach Mittel- und Südamerika. Von diesen Absatzgebieten sind die im Osten gelegenen verloren gegangen, die Schweiz hat eine eigene Konfektion gegründet, Elsas-Lothringen und das Saargebiet, früher bedeutende Abnehmer, werden heute von Frankreich beliefert. Der Absatz nach Holland und Belgien ist ebenfalls stark zurückgegangen. In den skandinavischen Ländern ist mit einer starken Konkurrenz der Tschechoslowakei sowie mit der neu entstandenen schwedischen Konfektionsindustrie zu rechnen. Besonders interessant ist die Tatsache, dass die Ueberssemärkte heute von England beliefert werden, das seine Betriebe weitgehend mechanisiert hat und - teils aus diesem Grunde, teils infolge besserer Kapitalversorgung - die deutsche Industrie mit niedrigeren Preisen und langen Zahlungsfristen unterbieten kann.

Die Verhältnisse in der Konfektionsindustrie des bayerischen Bezirks Aschaffenburg, die vor allem Arbeitsanzüge und Arbeitskleidung herstellt, haben sich in vielen Beziehungen ähnlich wie in Stettin entwickelt. Der Prozentsatz an Berufsarbeitern - nicht an Arbeitskräften insgesamt - der durch die Umstellung ausgeschaltet wurde, wird dort mit 75 bis 80 Prozent angegeben. An die Stelle der gelernten männlichen treten ungelernete und angelernte weibliche Arbeitskräfte, die neben dieser Verschiebung, die zugleich auch die Verringerung der Kopfzahl bei gleichbleibendem Produktionsumfang ergibt, ist ausserdem noch die Veränderung in der zeitlichen Disposition von Bedeutung. Die Abkürzung der Produktionszeit durch die Mechanisierung führt zu einer weit stärkeren Ausprägung des Saisoncharakters der Konfektion. Arbeit gibt es nur noch von Ende Februar bis kurz vor Pfingsten und dann von Mitte August bis Ende Oktober. In den übrigen Monaten sind die meisten Arbeitskräfte auf Unterstützung angewiesen.

Die Berliner Konfektion führt in erster Linie Einflüsse der Mode, Rückgang der Kaufkraft und ungenügende Kapitalversorgung als Ursache des Beschäftigungsrückganges an. Die ausländischen Absatzmärkte spielen hier, abgesehen von Damenkleidung und Wäsche eine geringere Rolle. Die Mechanisierung und Rationalisierung scheinen in Berlin selbst, sowie in den Bezirken Forst, Cottbus und Spremberg nur vereinzelt Platz gegriffen zu haben. Sie brachten besonders für die älteren Näherinnen Arbeitslosigkeit. Besonders deutlich zeigt sich in Berlin, dass vom Risiko des wechselnden Beschäftigungsgrades in erster Linie die Heimarbeiter betroffen werden und erst bei besonders starkem Auftragsrückgang die Betriebsarbeiter.

SPD. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erlässt zur Reichspräsidentenwahl folgenden Aufruf:

"Beamte!

Am 13. März wählt das deutsche Volk seinen Reichspräsidenten. Es geht nicht nur um die Frage, wer in den nächsten Jahren das höchste Amt der Republik bekleiden soll; es geht um mehr. Im ganzen Reiche rüsten die Anhänger der faschistischen Diktatur seit Monaten zum entscheidenden Schlage gegen Volkrechte und Demokratie. Sie wollen die Grundrechte der republikanischen Verfassung im Reich und in den Ländern zertrümmern, um ihre unumschränkte Herrschaft über Beamte, Angestellte und Arbeiter ausüben zu können. Die Führer dieser Bewegung erklären:

"Das Vorbild unseres Staates ist die preussische Vorkriegsarmee; es darf nur noch Gehorchende und Befehlende geben."

"Mit der Tarnkappe werden wir herumgehen und vom Präsidenten bis zur Scheuerfrau alles herausschmeissen, was gegen uns ist,"

Beamte! Wollt Ihr auf Gnade oder Ungnade den faschistischen Gewaltherrschern und ihren Terrorbanden ausgeliefert sein? Wollt Ihr Eurer durch Krieg, Inflation und Wirtschaftskrise erschütterten Existenz den letzten Halt rauben lassen? Wollt Ihr die Wahrung Eurer durch die republikanische Reichsverfassung anerkannten Grundrechte in die Hände jener legen, die noch vor kurzem in Harzburg die Einheitsfront mit den Vertretern des monopolistischen Grosskapitals errichteten?

Wenn Ihr das alles nicht wollt, dann rüstet Euch und sorgt dafür, dass am 13. März Hitler als Kandidat der Nationalsozialisten keine Stimme aus den Reihen der Beamtenschaft erhält.

Beamte! Der 13. März entscheidet auch über Euer Schicksal. Wer in der Stunde höchster Not und Gefahr als Beamter der Republik versagt, wer Hitler, Thälmann, Duesterberg oder einem anderen Kandidaten als Hindenburg seine Stimme gibt, der stärkt die Front aller staatsfeindlichen Elemente und treibt damit Staat und Wirtschaft in das Chaos.

Beamte! Stellt Euch geschlossen auf die Seite der aufbaubereiten Volkskräfte. Es geht um Euch und Eure Familie. Entscheidet Euch für Hindenburg und verhelft der Republik und dem deutschen Volke zum Siege! "

SPD. Am 12. April beginnt in Genf die 16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz. Die Tagesordnung enthält 5 Punkte: 1. die Invalidenversicherung in erster Lesung; 2. das Verbot der gewerbsmässigen Stellenvermittlung (der Antrag zu diesem Uebereinkommen ist von Deutschland gestellt); 3. Beratung über Zulassung von Kindern in nicht gewerblichen Berufen; 4. Revision des Ueber einkommens zum Schutze der Hafendarbeiter und 5. Prüfung der Jahresberichte. Mit Punkt 5 der Tagesordnung wird eine allgemeine Besprechung der Massnahmen des Internationalen Arbeitsamtes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verbunden.

SPD. Das den Chemischen Werken Buckau gehörende Kraftwerk Gröbers bei Halle ist stillgelegt worden. Durch die Stilllegung ist auch die Braunkohlengrube " Klara Verein ", die das Werk mit Rohbraunkohle versorgte, betroffen. Ueber 300 Arbeiter vermehren das Heer der Arbeitslosen.

Reif zur Diskontsenkung.

SPD. Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche ist wahrscheinlich mit einer Senkung des Reichsbankdiskonts zu rechnen. Wie es heisst, will die Reichsbank zunächst abwarten, bis eine Einigung über die Verlängerung des Währungs-kredits im Betrage von 100 Millionen Dollar erzielt worden ist. Man kann annehmen, dass die Einigung auf der Basis einer dreimonatigen Verlängerung und einer Rückzahlung von 10 Prozent des Kredits in der Zwischenzeit zustande kommt. Mit dieser Einigung wäre der Weg für eine Diskontsenkung bei der Reichsbank frei.

Bei gewissenhafter Abwägung aller Gründe für und wider wird man sich für eine baldige Senkung des Reichsbankdiskonts aussprechen dürfen. Gewiss sollen die Bedenken nicht unterschätzt werden, die auch heute noch einer Diskontsenkung entgegenstehen. Noch immer ist die Devisensituation der Reichsbank ernst. Wenn auch in den beiden letzten Wochen ausweisen zum erstenmal seit langer Zeit der ständige Abfluss an Gold und Devisen durch einen kleinen Zufluss abgelöst wurde, so stellt das Absinken unseres Ausfuhrüberschusses doch einen recht erschwerenden Faktor für die Devisenbilanz dar. Sinken jedoch die deutschen Zinssätze gegenüber den ausländischen, so würde damit der Anreiz zur Zurückzahlung kurzfristiger Auslandskredite ausserhalb des Rahmens der Stillhaltevereinbarungen verstärkt und unsere Devisenlage entsprechend verschlechtert werden. Deshalb müssen, solange diese Situation anhält, alle währungs- und zinspolitischen Erleichterungen in Deutschland grundsätzlich von entsprechenden Erleichterungen in den entscheidenden Weltwirtschaftsländern abhängig gemacht werden.

Nun sind aber in den letzten Wochen solche Erleichterungen tatsächlich eingetreten: In Amerika wurde das Gesetz über die Erleichterung der Notenausgabe endgültig angenommen und in England wie in Amerika, also in unseren Hauptgläubigerländern, wurden die Diskontsätze der Notenbanken um 1 bzw. $\frac{1}{2}$ % herabgesetzt. Die Reichsbank könnte daher ihren Diskontsatz im gleichen Betrag herabsetzen, ohne dass die Zinsspanne zwischen Deutschland und seinen Hauptgläubigerländern verringert würde.

Aber auch die innerwirtschaftliche Lage erleichtert diesmal den Entschluss zur Diskontsenkung. Das gilt zunächst vom Geldmarkt. Als am 10. Dezember im Anschluss und im Zusammenhang mit der Dezember-Notverordnung der Diskontsatz der Reichsbank von 8 auf 7 % gesenkt wurde, trug diese Massnahme einen ebenso künstlichen Charakter wie die ganze Zinssenkungsaktion der Notverordnung. Denn die Börsensätze standen damals noch auf $9\frac{1}{2}$ bis 10%, der Satz für Privatkonten auf 8 % und die Börsensätze für Warenwechsel auf $8\frac{3}{4}$ %. Inzwischen ist aber eine wesentliche Entspannung auf dem Geldmarkt eingetreten. Vor dem Februarultimo waren die Börsensätze schon auf 7 - 8 % gesunken und für Privatkonten werden heute nur mehr $6\frac{1}{2}$ % gezahlt. In dieser Situation würde eine Senkung des Reichsbankdiskonts keine künstliche Herabdrückung der Zinssätze der Wirtschaft mehr bedeuten.

In die gleiche Richtung weist die Entwicklung der Wirtschaftskredite der Reichsbank. Seit dem Oktober vorigen Jahres verringern sich - von den üblichen Ultimo- und Saisonschwankungen abgesehen - die Wechselbestände der Reichsbank fast ununterbrochen. Am 23. Oktober wies die Reichsbank noch einen Wechselbe-

stand von 3 667 Millionen auf, bis zum 23. Februar war er auf 3 144 Millionen gesunken. Nun erklärt sich diese Verringerung zwar z.T. aus den an sich erfreulichen Rückflüssen von Finanzwechseln, die die Reichsbank über die Akzept- und Garantiebanc den Grossbanken und Sparkassen gegeben hatte, sowie aus der allgemeinen Preissenkung, die den Nennwert der neu eingereichten Wechsel herabdrückt. Aber darüber hinaus deutet die Einschrumpfung des Wechselbestandes der Reichsbank doch auf ein weiteres Fortschreiten des Schrumpfungsprozesses der Wirtschaft hin. Es erscheint geboten, zumindest, wie die Ziffern über die Entwicklung des Wechselportefeuilles der Reichsbank trotz der Diskontsenkung vom Dezember lehren, unbedenklich, wenn die Reichsbank der Wirtschaft eine Anregung zu geben versucht - soweit Zinssenkungen heute überhaupt eine belebende Wirkung auszuüben vermögen.

Alles in allem erscheint also heute die Situation zur Diskontsenkung tatsächlich reif. Dabei versteht es sich von selbst, dass darüber gewacht werden muss, dass die Zinssenkung sich in vollem Ausmass bis auf den letzten Schuldner überträgt, damit die Erleichterung für die Wirtschaft wirklich fühlbar wird. Nur darf eine solche Erleichterung den sanierungsbedürftigen Unternehmungen nicht einen Vorwand liefern, die notwendige Reinigung noch weiter aufzuschieben.

SPD. In der Verhandlung vor dem Berufungssenat des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung am 1. März 1932 wurden die Berufungen der nachfolgend genannten Bausparkassen zurückgewiesen und zwar der Stuttgarter Bausparkasse G.m.b.H. in Stuttgart und der Spar- und Kreditgemeinschaft Bausparkassen A.G. in Dresden. Die Untersagung des Geschäftsbetriebes ist in diesen Fällen damit rechtskräftig geworden. Die von der Bavaria Selbsthilfe Bauspar G.m.b.H. in Augsburg gegen die Untersagung des Geschäftsbetriebs eingelegte Berufung wurde telegraphisch zurückgenommen, so dass auch in diesem Falle die erste Entscheidung rechtskräftig geworden ist.

SPD. Ueber den Borsigkonzern ist das Vergleichsverfahren eröffnet worden. Damit verfolgt man das Ziel, das Werk, das praktisch in den Besitz der Banken übergeht, wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Kritik der sozialdemokratischen Presse, die sich besonders gegen die Behandlung der Borsigsparer wandte, hat erreicht, dass die Sparer möglichst ausser der Quote, die sie aus der Vergleichsmasse erhalten, voll befriedigt werden. Die erforderlichen Mittel werden von dritter Seite aufgebracht. Das wird man im Interesse der Borsigsparer, die durch Arbeitslosigkeit usw. schon schwer genug getroffen sind, begrüßen. Damit ist aber das Problem der Werkssparkassen noch lange nicht gelöst. Es bleibt nichts anderes übrig als die Beseitigung dieser Institute.

Im Vergleichsvorschlag ist für die Warengläubiger eine Quote von 30 Prozent vorgesehen. Alle übrigen Gläubiger, insbesondere die Finanzgläubiger, erhalten nach Ausschüttung der Sparkassengläubiger- und der Warengläubigerquoten vergleichsweise Befriedigung aus dem Verwertungserlös der Restmasse. Man will damit erreichen, dass die Fabrikations- und Verkaufswerte mit den Anlagen verbunden bleiben, um dadurch den Weg für einen Wiederaufbau frei zu machen. Die Banken, die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, stellen die notwendigen Kapitalien in Höhe von 300 000 Mark zur Verfügung, um eine Borsig-Betriebsgesellschaft m.b.H. zu gründen. Diese soll die vorliegenden Aufträge, die Arbeit für etwa 600 Mann bis Juni 1932 bieten, aufarbeiten und den Verkehr mit der Kundenschaft vermitteln.

Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, werden die Mittel zur Befriedigung der Borsigsparer von der Familie Borsig in "guten" Grundstücken zur Verfügung gestellt.

SPD. Man fragt immer wieder, wie sich Amerika, das seine gute Konjunktur auf möglichst hohen Löhnen aufbaute, mit der Lohnabbauwelle während der Krise abgefunden hat. Das Statistische Reichsamt in Berlin veröffentlicht jetzt darüber Angaben, die auf amerikanischen Quellen fussen.

Danach sind die Stundenlöhne von Krisenausbruch bis Ende 1931 in der verarbeitenden Industrie, einschliesslich der Stahl- und Eisenindustrie, um durchschnittlich 10 % zurückgegangen. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug im Jahresdurchschnitt 1928 = 48 Stunden, im Jahresdurchschnitt 1929 = 49 Stunden. Sie ist im Jahre 1931 auf 40 Stunden zurückgegangen und lag im Dezember 1931 sogar bereits unter 39 Stunden. Durch diesen gewaltigen Umfang der Kurzarbeit sind naturgemäss die durchschnittlichen Wochenverdienste wesentlich stärker gesunken als die Stundenlöhne. Der durchschnittliche Wochenverdienst der amerikanischen Industriearbeiter belief sich nach der Statistik im Oktober 1929 auf 33 Dollar; im Dezember 1931 nur noch auf 22½ Dollar. Er ist also um rund 30 % zurückgegangen.

Schon diese Zahlen zeigen, dass auch die amerikanische Arbeiterschaft, soweit sie noch in Beschäftigung steht - die letzte Schätzung der Vollarbeitslosen belief sich auf 8,3 Millionen -, in ihren Lohnsätzen und noch viel stärker in ihren Arbeitsverdiensten einen empfindlichen Rückgang erlitten hat. Die Entwicklung ist in Amerika so verlaufen, dass man im Gegensatz zur deutschen Abbaupsychose im Jahre 1930 noch bemüht war, das hohe Lohnniveau, das Rückgrat des amerikanischen Marktes, zu erhalten. Erst im Laufe des Jahres 1931 hat eine umfassendere Lohnabbaubewegung eingesetzt, wobei in den einzelnen Industrien die Lohnreduktionen sehr unterschiedlich sind.

Auch in den Vereinigten Staaten übt die Schwerindustrie den stärksten und rücksichtslosesten Lohndruck aus. Die Stundenlöhne in der Eisen- und Stahlindustrie sind um fast ein Viertel gesenkt worden. Es folgt dann die Baumwollindustrie mit einer durchschnittlich 15-prozentigen Lohnsenkung. Im Maschinen- und Fahrzeugbau beträgt die Lohnsenkung 8 bis 10 %. In einzelnen Industrien, die vor der Krise verhältnismässig wenig berührt wurden, wie z.B. die Elektroindustrie und das Buchdruckgewerbe, beträgt dagegen die Lohnsenkung im gesamten Krisenzeitraum bis Ende 1931 nur 3 - 4 %. Die Buchdrucker haben in USA. nach wie vor einen durchschnittlichen Stundenverdienst von 1 Dollar.

Einen gewaltigen Sturz haben in Amerika die Farmarbeiterlöhne erfahren. Sie sind um mehr als ein Drittel gesunken. Der Zusammenbruch der Weltmarktpreise für Agrarprodukte und die schwierige Lage der amerikanischen Farmer haben die landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne mit grösster Schärfe getroffen. Der durchschnittliche Monatslohn eines Farmarbeiters (ohne Wohnung und Verpflegung) betrug vor Krisenausbruch 50 Dollar und ist auf 34 Dollar abgesunken. Im Vergleich zu den äusserst gedrückten Löhnen, die in der deutschen Landwirtschaft gezahlt werden, sind das natürlich noch immer glänzende Verdienste, aber, gemessen am früheren Niveau der amerikanischen Landarbeiterlöhne, ist doch ein ausserordentlich schweres Absinken festzustellen.

Es ist nun interessant zu vergleichen, in welchem Verhältnis Lohnabbau und Lebenshaltungskostenverbilligung in Amerika stehen. In Amerika gab es in dem ganzen Zeitraum des Konjunkturaufschwungs keine nennenswerte Verteuerung der Lebenshaltung. Amerika erlebte ja eine Hochkonjunktur mit stabilem Preisniveau. Seit Krisenausbruch ist nun ohne amtliche Preisabbaupolitik und ohne Staatsaktionen und Preiskommissare eine 20-prozentige Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten. Die amerikanische Indexziffer der Lebenshaltungskosten betrug im Oktober 1929 = 163,4, im Dezember 1931 = 132,2. Die entsprechende Entwicklung in Deutschland verlief:

Lebenshaltungsindex	Oktober 1929	153,5
	Dezember 1931	130,4
	Februar 1932	122,4.

Bis Ende 1931 war also nur eine etwa 15-prozentige Senkung eingetreten.

und erst einschliesslich der beiden letzten Monate ist diese bis auf 20 % weitergetrieben worden.

Der 10=prozentigen Senkung der Stundenlöhne in der Industrie steht also eine 20=prozentige Verbilligung der Lebenshaltungskosten gegenüber. Es wäre also an sich nach dieser Statistik durch die starke Preissenkung eine Erhöhung der realen Stundenverdienste eingetreten, die allerdings infolge der umfangreichen Kurzarbeit tatsächlich nicht in Erscheinung treten kann. Jedenfalls ist aber der Ausfall an Arbeitseinkommen durch diesen, den Abbau der Stundenlöhne erheblich überschreitenden Preisabbau gemildert.

Wir haben diese Tatsachen registriert, da von deutschen Unternehmern häufig die Lohnsenkungen in Amerika tendenziös weit übertrieben werden und der "Zusammenbruch des Systems der hohen Löhne" verkündet wird, und um zugleich zu zeigen, dass in anderen Ländern ohne amtlichen Lohnabbau und ohne amtliche Preisabbauorgane die Verbilligung der Lebenshaltung sich in rascherem Tempo vollzogen hat als bei uns.

SPD. Der Arbeiter=Anglerbund Deutschlands hat vor einiger Zeit Anträge an die deutschen Länderregierungen gerichtet, damit auch diese etwas für den Preisabbau tun. Gefördert wurde die Verbilligung der Erlaubnisscheine und der Abbau von Sondergebühren. Im besonderen wurde verlangt, den Erwerbslosen die Zahlungen zu erlassen.

Die Anträge rechtfertigen sich schon aus der Ueberlegung, dass Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten, die den Anglersport betreiben, in ihrem Einkommen derart gedrückt worden sind, dass sie mit dem besten Willen die Kosten nicht mehr aufbringen können. Leider haben die Länderregierungen den Anträgen des Arbeiter=Anglerbundes bis jetzt nicht entsprochen. Wir können das nur bedauern. Man soll doch an die vielen Arbeitslosen denken, die schliesslich nur noch den Sport haben, der sie über den grauen Alltag hinwegbringt und sie für einige Stunden das Arbeitslosenelend vergessen lässt. Will man diese Leute zur Ungesetzlichkeit treiben? Will man, dass sie wild angeln gehen? Daran haben ja in erster Linie die Länderregierungen kein Interesse. Man würde auch die Erziehungsarbeit, die die Bünde bis jetzt geleistet haben, von vornherein unmöglich machen. Wir denken, diese Einwände sind stark genug, dass sich die Länderregierungen entschliessen, den Forderungen des Arbeiter=Anglerbundes in weitestem Ausmass entgegen zu kommen.

SPD. Die Reichsbank brauchte zur Ueberwindung des Monatsendes (Februar=ultimo) den von ihr gewährten Kredit nur um 357,2 Millionen Mark zu erhöhen, um den Anforderungen der Wirtschaft zu genügen. Die Ansprüche gegen Ende Februar waren also grösser als gegen Ende Januar, wo die Steigerung der Kreditsumme nur 306 Millionen Mark ausmachte. Die gesamte Kapitalanlage ist aber von 3 983,6 Millionen Mark Ende Januar auf 3 832,3 Millionen Mark Ende Februar gesunken. Von Bedeutung ist, dass Ende Januar der Wechselkredit mit 224,9 Millionen Mark vermehrt in Anspruch genommen wurde, Ende Februar aber nur mit 179,6 Millionen Mark. -

Bei der Währungsreserve ist auch diesmal eine Steigerung zu verzeichnen und zwar vermehrten sich die Bestände an Gold und Deckungsdevisen um 1,8 Mill. Mark auf 1 077,3 Mill. Mark. Im einzelnen haben die Goldbestände um 1,1 Mill. Mark auf 928,5 Millionen Mark abgenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 2,9 Millionen auf 148,8 Mill. Mark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 25,2 Prozent gegen 26,9 Prozent in der Vorwoche.

Niedrigere Septembernotierungen.

(Berliner Getreidebörse vom 2. März 32.)

SPD. Am Mittwoch wurden am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse erstmalig Preise für Septemberlieferungen notiert. Das entspricht einem ausdrücklichen Wunsche der Landwirtschaft; man hofft dadurch die Landwirte zu einer regen Frühjahrsausfaat zu bewegen. Bei Vornahme der Notierungen ergaben sich gegenüber dem Juli Preisrückgänge, die sich beim Weizen auf 40, beim Roggen auf 14 Mark beliefen. Auch die vorderen Sichten bei beiden Brotgetreidearten waren geschwächt, beim Weizen um etwa 1 bis 2, beim Roggen um durchschnittlich 2 Mark. Im Handel mit effektiver Ware war das Geschäft gleichfalls sehr ruhig. Das Angebot war weder in Weizen noch in Roggen grösser. Allerdings hielten sich die Mühlen bei ihren Anschaffungen mehr zurück, sodass die Preise wieder unverändert blieben. Roggen wurde fast nur in russischer Ware gedeckt. Für inländischen Roggen wurden weiter Aufgelder bezahlt. Am Mehlmarkt hatte sich die Situation nicht geändert. Abgaben in manipuliertem Mehl aus russischem Roggen fanden zu unveränderten Preisen weiter statt und sollen zu grösseren Abschlüssen geführt haben. Sonst war das Geschäft sehr ruhig; die Preise waren unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Der Konsum deckte seinen laufenden Bedarf.

	1. März	2. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	244 - 246	244 - 246
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	178 - 185	178 - 185
Futter- und Industrierogerste	167 - 172	167 - 172
Hafer	149 - 156	149 - 156
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,25 - 34,75
Roggenmehl	27,90 - 28,50	27,30 - 28,40
Weizenkleie	10,15 - 10,50	10,00 - 10,40
Roggenkleie	9,85 - 10,25	9,85 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 250-258, Mai 266½ - 265½. Juli 272½-271½, Roggen März 193½, Mai 202 - 200, Juli 201½-200 Brief. Hafer März 167-166, Mai 176-175 Brief.

SPD. Der Ilsekonzern, der den ostelbischen Braunkohlenbergbau beherrscht, weist für das verflossene Jahr einen Reingewinn von 5,2 Millionen Mark aus gegenüber 7,3 Millionen Mark im Vorjahr, trotzdem die Kohlenförderung und die Brikettherstellung stark zurückgegangen sind. Die Abschreibungen sind wesentlich erhöht worden und zwar von 6,33 Millionen Mark im Vorjahre auf 7,27 Millionen Mark. Die Dividende, die im vorigen Jahr 8 Prozent betrug, wird auf 7 Prozent runtergesetzt.

SPD. Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, dass die Importeure für den Monat März 1932 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigungen nur bis zur Höhe von 65 % in Anspruch nehmen dürfen. Für die diesen Betrag übersteigenden Zahlungsverbindlichkeiten werden die Firmen auf die Inanspruchnahme von Lieferantenkrediten und die Ausnutzung der Kreditlinien des Stillhalteabkommens verwiesen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 2. März 1932.

Die Tausenddollarnote.^x

SPD. Chicago. Eastend. Um Mitternacht. In einer dunklen Gasse schleicht einer an den Häusern entlang. Eine Taschenlampe zuckt auf, beleuchtet eine Hausnummer. Der Dunkle klopft ein geheimes Morsezeichen an die Tür. Die Tür öffnet sich lautlos.

"Ist der grosse Mahala zu sprechen?" fragt der nächtliche Besucher.

Statt aller Antwort öffnet sich eine Tür. Der Besucher betritt das Zimmer; es ist niemand darin.

Eine Stimme von unsichtbarer Herkunft fragt: "Was wünschen Sie?"

Der Besucher zieht eine Zehndollarnote heraus und legt sie auf den Tisch. "Ich möchte diese Banknote vorlegen."

Das Zimmer verdunkelt sich und wird gleich darauf wieder hell. Die Banknote ist verschwunden.

"Selbst gemacht?" fragt eine Stimme.

"Selbst gemacht", erwidert der Besucher. "Mit wem spreche ich? Mit dem grossen Mahala selbst?"

"Ja, ich bin es. Ich werde die Note sofort unserm Banksachverständigen vorlegen. Antwort in zehn Minuten."

Das Zimmer wird wieder dunkel. Ein Surren hebt an. Eine Leinwand senkt sich herunter. Ein Film erscheint: "Wie öffne ich einen Tresor? Ein Kulturfilm der Chicagoer Einbruchsgenossenschaft. Manuskript Al Capone. Drehbuch Jimmy Bloody. Aufnahmen Peter Pock."

Der Film surrt herunter, und der Besucher langweilt sich nicht dabei. Nach zehn Minuten wird das Zimmer wieder in helles Licht getaucht. Die Stimme des grossen Mahala ertönt: "Mein Banksachverständiger erklärt, die Fälschung sei ausgezeichnet gelungen. Wieviel derartiger Noten können Sie besorgen?"

"Eine Million und mehr."

"Was sind Sie im Privatberuf?"

"Kupferstecher."

"Ausgezeichnet. Wir bieten für die Platte einen noch zu bestimmenden grosseren Betrag. Aber zunächst eine Frage."

"Ich bin ganz Ohr, grosser Mahala."

"Warum stellen Sie ausgerechnet Zehndollarnoten her?"

"Na, das ist doch ein handlicher Schein."

"Gewiss. Aber es wäre doch gleichgültig, ob Sie Zehn- oder Tausenddollarnoten herstellen. Es würde sich doch zweifellos sehr viel mehr lohnen, wenn Sie Tausender herstellten!"

"Ohne Zweifel!"

"Warum tun Sie es dann nicht?"

"Ja, ich getraue mich kaum, das auszusprechen."

"Reden Sie! Ich befehle es!"

"Nun gut: Ich habe überhaupt noch nie einen Tausenddollarschein gesehen." Ein Lachen ertönt. Wieder wird das Zimmer dunkel. Beim Hellwerden liegt eine Tausenddollarnote auf dem Tische.

"Legen Sie uns eine Druckplatte für Tausenddollarscheine vor! Das wäre uns lieber als Ihre Zehndollarplatte. Nehmen Sie diesen Schein als Muster! Wieviel Zeit brauchen Sie zur Herstellung der Platte?"

"Acht Wochen."

"Gut. In acht Wochen erwarten wir Sie hier. Auf Wiedersehen!"

"Hm, könnte ich nicht etwas Vorschuss bekommen?"

"Sie haben doch die tausenddollarnote."

"Ja, aber die brauche ich doch als Muster. Wovon soll ich bis dahin leben?"

Zwei Minuten später hat der Besucher weitere hundert Dollar in der Hand. Dann schlüpft er aus dem Hause. In ein Auto. Während der Fahrt springt er heraus, will etwa nachkommenden Verfolgern entgehen. Er springt in eine Strassenbahn. Von hier aus bemerkt er in der Tat einen Verfolger. Also springt er abermals während der Fahrt ab, springt in einen Autobus, springt auch von dort nochmals ab und verschwindet in einem Hause. Gleich darauf kommt er aus einem andern Ausgange wieder heraus. Mit einem angeklebten Vollbart.

Gemütlich geht er bis zum nächsten Bahnhof und setzt sich in den Zug nach New York, der gerade abfährt. Auf Nimmerwiedersehen. Und zwischen Chicago und New York reibt er sich, obwohl das eine lange Fahrt ist, ununterbrochen die Hände. Denn wenn es einem Spitzbuben gelingt, den grossen Mahala hineinzulegen, dann darf er sich wahrlich die Hände reiben.

Nämlich: Erstens war die Zehndollarnote garnicht gefälscht, sondern echt gewesen; deshalb fand sie auch der Banksachverständige des grossen Mahala so gut nachgemacht. Und zweitens waren die elfhundert Dollar, die unser Freund in der Tasche hatte, genau so echt. Und mit denen beschloss er, in New York einen Zigarettenladen aufzumachen, um ein ehrlicher Mann zu werden.

Kurt Miethke.

Marx und der Spitzel.^x

SPD. Unter den Emigranten aus den verschiedensten Ländern, die nach der Niederlage der Revolution von 1848 ein Asyl in London fanden, wimmelte es von Polizeispitzeln. Auch Marx konnte es nicht vermeiden, mit einigen dieser Polizeiagenten in Berührung zu kommen, und sie haben ihm viele Unannehmlichkeiten bereitet. Die schlimmsten Erfahrungen machte er mit dem österreichischen Spitzel Bangya, einem Obersten der ungarischen revolutionären Armee. Dieser verstand es, sich in Marx' Vertrauen einzuschleichen und es derart zu missbrauchen, dass Marx jahrelang deshalb den schärfsten Angriffen seiner Feinde ausgesetzt war. Bis vor kurzem lag diese Angelegenheit noch fast völlig im Dunkeln, und erst neuerdings ist es dem Russen E. Czöbel, dem Verfasser einer Anzahl interessanter Arbeiten, besonders über die Geschichte des Kommunistenbundes 1846/52, gelungen, auf Grund neuer Dokumente diese Episode in ihren Einzelheiten aufzuklären.

Marx lernte Bangya in den Jahren 1850/52 kennen. Damals hatte Bangya schon, wenn auch nicht sehr langes, so doch sehr abenteuerliches Leben hinter sich. Ungarischer Adliger von Geburt, trat er 1833 als Sechzehnjähriger in die österreichische Armee ein. Er konnte aber dort keine Karriere machen: seine Schulden wuchsen ihm über den Kopf, und, um Schlimmeres zu vermeiden, war er gezwungen, seinen Abschied einzureichen. Dann fand er eine Anstellung in der Hofkanzlei in Wien; in der Folge betätigte er sich als liberaler Journalist und Redakteur einer kleinen Zeitung. Nach Ausbruch der Revolution in Ungarn im Jahre 1848, als die Anhänger der ungarischen Unabhängigkeit siegreich zu bleiben schienen, trat Bangya in die ungarische revolutionäre Armee ein, wo er sich jedoch nicht der militärischen, sondern der polizeilichen Tätigkeit widmete. Er wurde Chef der Militärpolizei in der Festung Komorn während ihrer Belagerung. Diesem Beruf blieb er auch in der Verbannung treu, in die er im Jahre 1849 geriet. Durch eine besondere Verordnung Kossuths wurde er zum "revolutionären Polizeichef" der ungarischen Emigration ernannt, wobei ihm

die Pflicht auferlegt wurde, nicht nur die ungarischen Emigranten, sondern auch alle anderen Emigrantengruppen zu überwachen, über die neuen Gruppierungen in der Emigration zu berichten und Spitzeldienste gegenüber der österreichischen Spionage auszuüben. Diese Aufgabe gab Bangya den Vorwand, mit den Vertretern der politischen Polizei verschiedener Länder in Verbindung zu treten, um angeblich mit ihrer Hilfe die geheimen Pläne der österreichischen Polizei gegen die ungarische Revolution auszukundschaften. Auf diese Weise geriet er aber allmählich auf die schiefe Ebene und wurde bald Agent gerade der österreichischen Polizei, die er über das Leben und Treiben der ungarischen Emigranten informierte.....

Dies alles wurde natürlich erst viel später bekannt. In den Jahren 1850/52 genoss Bangya in den Emigrantenkreisen noch grosses Vertrauen. Er gab sich als linker Demokrat aus und schloss sich der kleinen Gruppe der ungarischen Emigranten an, die dem linken Flügel der Opposition gegen die offiziellen Führer der ungarischen Emigration angehörte. Die Führer dieses Flügels standen in manchen Fragen Marx sehr nahe und unterhielten enge Beziehungen zu ihm. Sie machten ihn auch mit Bangya bekannt und empfahlen ihn aufs wärmste. Da Bangya ganz genau über alle Vorgänge in der Emigration unterrichtet war, wurde er bei Marx, dem er ständig interessante Neuigkeiten mitzuteilen wusste, gern gesehen. Schliesslich vermochte Bangya Marx' Vertrauen so weit zu gewinnen, dass Marx ihm im April 1852 den Vorschlag machte, sich dem Kommunistenbunde anzuschliessen. Es erscheint deshalb selbstverständlich, dass Marx auch Bangyas Angebot der Herausgabe eines Pamphlets gegen die offiziellen Führer der deutschen Emigration volles Vertrauen schenkte. Marx erschien dieser Vorschlag besonders verlockend. Zu jener Zeit hatte er schon mit all diesen Führern gänzlich gebrochen und trat in ganz entschiedener Form gegen ihre politische Prinzipienlosigkeit und ihr politisches Abenteuertum auf. Der Hass dieser Führer gegen Marx war gross, und in der Presse jener Zeit kann man nicht selten scharfe Angriffe gegen Marx finden. Bangyas Vorschlag gab also Marx die Möglichkeit, diese Angriffe in der Öffentlichkeit abzuwehren und "die grossen Männer des Exils" in ihrem wahren Lichte erscheinen zu lassen. Marx befürchtete nur, dass das Pamphlet, da es legal in Berlin erscheinen sollte, den Eindruck einer Unterstützung der Reaktion erwecken könnte. "Das ist immer eine unangenehme Sache," schrieb Engels darüber. Aber auch dieses Bedenken wurde bald zerstreut: schliesslich hatten doch die "grossen Männer der Emigration" selbst nie darauf Rücksicht genommen, und wenn sie es für nötig fanden, veröffentlichten sie Angriffe gegen Marx selbst in der reaktionären Presse. Das befreite auch Marx von der Verpflichtung, im Kampfe gegen diese "grossen Männer" besondere Rücksicht walten zu lassen. Bangyas Anerbieten wurde also angenommen, und im Laufe von zwei Monaten - im Mai und Juni 1852 - wurde das Pamphlet "Die grossen Männer des Exils" von Marx und Engels gemeinsam verfasst. Anfang Juni war die Arbeit fertig und wurde Bangya ausgehändigt. Engels hoffte, dass die ersten Exemplare bereits nach 3 bis 4 Wochen erscheinen würden - es verging aber ein Monat nach dem anderen, und von dem Erscheinen des Buches war nichts zu hören. Bangya machte verschiedene Ausflüchte, denen man aber immer weniger Glaubenschenkte, umso mehr, als gerade zu jener Zeit schon die ersten Gerüchte über Bangyas Verrat auftauchten. Marx und Engels stellten Nachforschungen an und erfuhren, dass der Verleger, den Bangya genannt hatte, in Berlin überhaupt nicht existierte. Kurz darauf erfuhr man auch, dass Bangya schon seit einiger Zeit Beziehungen zur Polizei unterhielt, und dass er u.a. dem Vertreter der preussischen Polizei, dem Leutnant Greif, ein umfangreiches Manuskript von Marx verkauft hätte. Jetzt wurde es klar, dass Marx einer Spitzelintrige zum Opfer gefallen war.

Die preussische Polizei konnte jedoch von diesem Dokument keinen Gebrauch machen. Sein Inhalt hatte sie sehr enttäuscht.... Anscheinend hatte man erwartet, dass dies Manuskript verschiedene Geheimnisse aus dem Emigrantenleben preisgeben würde. Marx aber, der sein Pamphlet für die breite Öffentlichkeit

geschrieben hatte, dachte natürlich nicht daran, irgendwelche Geheimnisse zu enthüllen. Er wollte lediglich politische Charakteristiken seiner Gegner entwerfen, ihre persönlichen Intrigen und politische Prinzipienlosigkeit aufdecken. Deshalb konnte auch die Polizei dieses Dokument für die Öffentlichkeit nicht ausnutzen, und das Manuskript ist spurlos verschwunden. Im Archiv von Engels wurde aber der Entwurf dieses Pamphlets gefunden (er befindet sich zur Zeit im Archiv der deutschen Sozialdemokratischen Partei), und kürzlich ist die russische Uebersetzung dieses Entwurfes von Czöbel veröffentlicht worden. Dieses Dokument, das sehr scharf, mitunter sogar boshaft, aber immer mit grosser Ueberzeugung geschrieben ist, hat für den Geschichtsforscher ein grosses Interesse, da es sehr aufschlussreiche Anhaltspunkte für die Charakteristik der "grossen Männer" der deutschen Emigration der fünfziger Jahre, wie G. Kinkel, A. Ruge, K. Heinzen, Gustav Struve und viele andre, bietet. Marx verfuhr mit ihnen schonungslos, da er der Ansicht war, dass alle diese Männer für die Sache der Demokratie und des Proletariats ein für alle Mal verloren seien. Die Zukunft hat auch den Beweis dafür erbracht, dass er sich im grossen und ganzen nicht getäuscht hat: manche persönlichen Angriffe sind vielleicht nicht immer und nicht in allen Einzelheiten gerecht, aber die von Marx gefällten politischen Urteile sind durchaus zutreffend.

B. Nikolajewsky.

----- Marx über Zinsknechtschaft.^x -----

SPD. Die Brechung der Zinsknechtschaft gilt in der nationalsozialistischen Agitation als die Lösung der sozialen Frage. Gottfried Feder äussert sich über dieses Kernstück der nationalsozialistischen "Theorie" in seiner Schrift "Das Programm der N.S.D.A.P." in folgenden Sätzen: "Brechung der Zinsknechtschaft ist die stählerne Achse, um die sich alles dreht; sie ist weit mehr als nur eine finanzpolitische Forderung; sie greift mit ihren Voraussetzungen und Auswirkungen ebenso tief ins politische Leben wie ins wirtschaftliche ein; nicht minder ist sie eine Hauptfrage der Wirtschaftsgesinnung und greift so auch zu tiefst ins persönliche Leben jedes einzelnen ein; sie fordert von jedem die Entscheidung: Dienst am Volke oder schrankenlose private Bereicherung - sie bedeutet somit die "Lösung der sozialen Frage"." - Herr Gottfried Feder setzt den Begriff "Lösung der sozialen Frage" selbst in Anführungsstriche; in der Tat zeigt jede tiefer dringende Ueberlegung, dass die "Brechung der Zinsknechtschaft" nicht allein von sachlich falschen ökonomischen Voraussetzungen ausgeht, sondern auch ein Ablenkungsmanöver von einer radikalen Kritik am Kapitalismus darstellt. Der "Brechung der Zinsknechtschaft" liegt die Unterscheidung von raffendem und schaffendem Kapital zugrunde. Raffendes und schaffendes Kapital sind aber keine ökonomischen, sondern lediglich agitorische Unterscheidungen. In der Wirtschaftswirklichkeit der Gegenwart ist das Finanzkapital vorherrschend, das Hilferding bereits 1910 in seinem Buche "Das Finanzkapital" folgendermassen charakterisiert hat: "Das Finanzkapital bedeutet die Vereinheitlichung des Kapitals. Die früher getrennten Sphären des industriellen, kommerziellen und Bankkapitals sind jetzt unter die gemeinsame Kontrolle der hohen Finanz gestellt, zu der die Herren der Industrie und der Banken in inniger Personalunion vereinigt sind." Auch eine sozialistische Wirtschaftsordnung könnte den Zins nicht abschaffen.

Die "Brechung der Zinsknechtschaft" ist jedoch keineswegs von Herrn Gottfried Feder erfunden worden. Schon der französische kleinbürgerliche Sozialist Proudhon hat eine ähnliche "Theorie" vertreten, und kein Geringerer als Karl Marx schreibt in einem wenig bekannten Aufsatz, der nach dem Tode Proudhons in den Nummern 16, 17 und 18 (Jahrgang 1865) des "Sozialdemokrat" erschienen ist: "Dass das Kreditwesen, ganz wie es z.B. im Anfang des 18. und später wieder des 19. Jahrhunderts in England dazu diente, das Vermögen von einer Klasse

auf die andere zu übertragen, unter bestimmten politischen und ökonomischen Umständen zur Beschleunigung der Emanzipation der arbeitenden Klasse dienen kann, ist selbstverständlich. Aber das zinstragende Kapital als die Hauptform des Kapitals betrachten, aber eine besonders Anwendung des Kreditwesens, angebliche Abschaffung des Zinses, zur Basis der Gesellschaftsumgestaltung machen wollen, ist eine durchaus spießbürgerliche Phantasie. Man findet diese Phantasie daher in der Tat auch des Weiteren ausgepatscht bereits in den ökonomischen Wortführern der englischen Kleinbürgerschaft des siebzehnten Jahrhunderts."

Nur durch die Ueberführung der Produktionsmittel aus der privaten Verfügungsgewalt der Kapitalisten in das Gemeineigentum der Gesellschaft ist eine sozialistische Wirtschaftsordnung möglich. Der Nationalsozialismus als Wortführer des proletarisierten Kleinbürgertums will ha keine Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern ihre Restauration. Die faschistische Bewegung, die von der Schwerindustrie und dem reaktionären Grossgrundbesitz ausgehalten wird, vernebelt ihren irreführten Massen ihr eigentliches Wesen. Ihr Mittel, die soziale Frage zu lösen, ist nicht die Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung, sondern die brutale Unterdrückung der in schweren sozialen Kämpfen errungenen Rechte der Arbeitnehmerschaft.

J.P.Mayer.

Auf Goethes Spuren.^x

SPD. Die Ilm rauscht. An ihren Ufern ducken sich Sträucher, Haselnussbüsche und Holunder. Einzelne Spaziergänger kommen den Weg herauf, der sich in weiten Windungen durch die Wiesen zieht. Eine grosse Linde wirft die Äste über das Wasser, das leise flutet. Kleine Häuser stehen dicht und horchend auf der Böschung, und ihre Fenster blicken gleich gläsernen Augen auf den Fluss.

Ueber eine Brücke kommen Fremde, die den Tiefurter Park verlassen haben. Tiefurt.... Riesige Bäume recken sich. Die Kastanien vor dem Schlosse haben kühle, ewig flüsternde Zweige. In der Wiese schimmert ein griechischer Pavillon, und viele Wege laufen hier in einsamen Bogengängen den Hang hinauf und die Ufer entlang, kreuzen sich und dehnen sich in die Ebene.

Im Kaffeegarten, vor dem Tiefurter Schloss, sitzen viele Ausflügler. Eine Glocke läutet. Die Schlossführung beginnt. In grossen Filzpantoffeln schlurpen die Fremden durch die spiegelnden Zimmer. Ihre neugierigen Blicke betrachten die vielen seltsamen Fächer, die die Herzogin Anna Amalia sammelte; die Gruppen schreiten durch die Empfangsräume, den Dichtersalon, in dem Wieland, Knebel, Goethe weilten, durch die Schlaf- und Speisezimmer, in die Kemenate des büchlichen lustigen Fräulein von Göchhausen. Man steht vor dem alten Sekretär, an dem das Hoffräulein der Herzogin den "Urfaust" für Goethe abschrieb.

Dann wieder Park und Heimkehr und scheidende Sonne. Die Ilm tritt wieder aus den Büschen hervor. Weite Hänge dehnen sich, Hügelketten. Kühe grasen auf fettem Ager. Kornfelder glänzen.

Weimar ist nicht weit. In halbstündigem Marsch, unter dem turmhohen Viadukt hindurch, am Kegeltor vorbei und den drei Quellen des Läuterbaches erkennt man die Wahrzeichen der Stadt: die alte Jacobskirche, auf deren Friedhof Lucas Cranach und Christiane Vulpius ruhen, die Stadtkirche mit ihrem Schieferdache, hinter der das Herderhaus steht, das Schloss, die Bastille mit dem schönen alten Tordurchgang, das Wittumspalais, die Bibliothek, und fern im Park: das Gartenhaus des grossen Dichters, dessen Schatten noch immer unsichtbar durch die Stadt wandelt und ewig hier wandern wird. Und wie im Traume sieht man die hohe Gestalt das Haus am Sternverlassen und über die Holzbrücke der Il zum Borkenhäuschen emporsteigen. Er zaudert an der Ackerwand vor dem Hause der Frau von Stein, ehe er in die enge Seitengasse verschwindet, die ihn nach seiner dauernden Stätte am Frauenplan leitet.

In Weimar gibt es ein Geschäft, dessen Inhaber Theodor Körner heisst. Es liegt in der Wielandstrasse, nicht weit von dem Hause, wo der Dichter des "Oberon" wohnte. Theodor Körner war nach dem Zeugnis Schillers ein "idealischer Jüngling". Dieser Nachfahre, der den gleichen Namen trägt, ist ein moderner Geschäftsmann. Man kauft bei Theodor Körner in Weimar auf der Wielandstrasse Socken, Autoschals, Pullovers, Lumberjacks und Sportkleider. So ändern sich die Begriffe.

Im Park von Weimar begegnet mir am Abend eine Blumenfrau. Sie ist weisshaarig, hat helle, muntere Augen und ein schmales, lederbraunes Gesicht, das aussieht wie ein zusammengefaltetes Portemonnaie. Die Blumenfrau setzt ihren Korb auf eine Parkbank und hebt einen Strauss Wicken heraus, blaue, rote, weisse. "Ich bin alt. Mein Mann ist voriges Jahr verunglückt. Ich habe seit heute früh nichts gegessen," flüstert sie.

Ich gebe ihr einige Münzen. Sie fängt an, von allem möglichen zu plaudern. Sie wird sehr redselig. Ihre Augen flackern hell. "Um eine alte Frau kümmert sich keiner," meint sie, und wann sie am Morgen keinen Kaffee trinkt, dann fällt sie um: "Ich bekomme 21 Mark den Monat, mein Herr. Davon gehen zehn auf die Miete. Wie soll man da leben? Die Schwester kennt mich nicht mehr; sie wohnt in Halle. Die hat selber Kinder. Die wollen auch haben, und mein Schwager ist geizig...."

"Was kostet eine Tasse Kaffee?"

"Zwanzig."

Sie sitzt neben mir, und ihr Geschwätz übertönt das Rauschen der Bäume. Ich fahre mit der Hand in die Tasche, suche ein grösseres Geldstück und reiche es ihr. Da strahlt ihr Gesicht. Sie springt auf. Sie ist plötzlich jung, nimmt ihren Korb und verschwindet sehr schnell. Hinter ihr her schreitet die Stille. Die Stille deckt ihre Lamentationen, die noch in der Luft stehen, und löscht ihr Bild, als wäre es nie gewesen.

Von der Höhe des Schlosses Belvedere herab rollt ein Rauschen heran. Das ist das ewige Rauschen der Bäume in den uralten Alleen, die Weimar umklammert halten mit treuen, grünen, wärmenden und kühlenden Armen....

Ich sitze noch immer. Szenen huschen. Die weiten Parkwiesen überqueren Gestalten. Sie tauchen auf und verschwinden wieder, und die Bärnesingen hinter ihnen her, als wären sie nie gewesen.

Zwei Herren, der eine alt, bedächtig, ein schneeweisser Gelehrter; der andere jung, beflissen, höflich. Man sieht ihm an, dass er sich geehrt fühlt, mit dem Älteren zu spazieren: "Solche Blindenkonzerte... Goethesche Texte mit Zelterscher Musik. Es gibt eine Sammlung von Liedern, welche...." - Der Gelehrte unterbricht ihn mit etwas, das ich nicht verstehe. Der Junge sagt: "Das ist einer der Fälle. Grenzfälle vielleicht."

"Kunst muss Kunst bleiben."

Die Stille schluckt sie ein.

Zwei Damen. Die eine deutet auf Goethes Gartenhaus. "Und da hat er gewohnt, so bescheiden." Und mehrere Parkbesucher mit Zeissgläsern und Orientierungskarten. "Ich stehe auf dem Standpunkt, dass Goethe...."

Die Wipfel schlagen Blätterhände ineinander. Oben, über den Kronen, funkeln zwei Sterne wie zwei ruhevollere Augen. Der Fremdenspuk zerrinnt. Die lange Marschkolonnie der Menschen, die hier Tag für Tag vorüberrollt, stört nicht mehr den Frieden dieser reinen Welt.

Dann steigt ein geisterndes Licht über den Park. Fern das leise Lachen eines verliebten Paares. Die beiden Sternenaugen blinzeln gütig und nachsichtig.

Walter Meckauer.

Rasse und Front.^x

SPD. Es war einmal ein König und Kaiser, der beherrschte einen grossen Teil des Abendlandes. Er liebte es sehr, im Namen der ganzen weissen Rasse zu sprechen, obwohl deren andere Teile keinen grossen Wert darauf legten.

Eines Tages wurde im Lande der gelben Rasse der Gesandte des Kaisers ermordet. Das war ein schlimmer Streich; aber die Vertreter der weissen Rasse waren nun einmal im Lande der Gelben wenig beliebt.

Da erhob sich der weisse Kaiser zu schwindelerregender Höhe und rief mit gewaltiger Stimme: "Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!" Zu seinen Soldaten aber sagte er beim Abschied: "Pardon wird nicht gegeben!"

Die weissen Völker Europas wahrten ihre heiligsten Güter dadurch, dass sie ihre Kanonen und sonstigen Schiessgeräte besonders gut hüteten und pflegten. Und eines Tages schlugen sie damit nicht auf die Gelben, sondern aufeinander los.

Nun sprach man in der Welt von der Selbstzerfleischung und vom Untergang der weissen Rasse; die ganz Klugen aber tuschelten spitz, die Juden hätten Schuld. Und in jenem Lande, das einst der Kaiser regiert hatte, schwang sich ein Filmschnurrbärtchen empor und schuf sich mit viel Rassengeschwafel eine Scheinkonjunktur.

Inzwischen aber fiel der eine Teil der gelben Rasse über den anderen Teil her und verprügelte ihn, beziehungsweise suchte ihn zu verprügeln, was ihm indessen nicht so recht gelang.

Wie nun? Völker Asiens wahrt eure heiligsten Güter? Ach, jener prophetische Kaiser hüllt sich in Dornen und schweigt.....

Mit der Rasse war es also faul. Und mit den heiligsten Gütern auch. Sodas im Lande der Weissen endgültig die Erkenntnis zu dämmern begann, dass nicht Gelb oder Weiss das Entscheidende sei, sondern: gut oder böse. Deren Trennungslinie aber lief zu allen Zeiten mitten durch die Rassen hindurch.

Diese Linie wurde die wahre Front. Nie guter, nie schlechter Wille! Nie Mensch, nie Kreatur! Und es dürfte sich erweisen, dass die eiserne Front der Guten auf die Dauer doch härter ist als die schillernde Goldfront der Schlechten.

H.Roe.

SPD. Kultur der alten Perser.^x In den Trümmern der alten Stadt Persepolis die von Alexander dem Grossen zerstört wurde, befinden sich wundervolle Reliefs die zu den Palästen der drei Könige Darius, Artaxerxes und Xerxes gehört haben. Die Paläste waren von vielen Säulen getragen. Der grösste führte den Namen: "Der Palast der 100 Säulen". Auf den Reliefs sind Tiere zum Teil mit ausserster Lebensechtheit dargestellt, Löwen und Stiere, dann bewaffnete Männer, von denen jeder, wie es damals üblich war, zwei Lanzen trägt. Die Könige sind auf ihrem Throne sitzend dargestellt. Ueber ihnen befindet sich immer eine symbolische Darstellung des "Geistes des Guten", den man sich wohl als erwünschten Begleiter des Königs gedacht hat. Alle Männer tragen lange Bärte.

SPD. In einer kleinen Konditorei fragt ein Gast das Servierfräulein: "Darf man hier auch rauchen?"

"Nein, mein Herr."

"So? Woher kommt denn die viele Asche auf den Tassenschalen und Gebäcktellern?"

"Von den Herrschaften, die nicht erst gefragt haben."

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 2. März 1932

In der Mittwochsitzung beantragt Abg. Grüter (Wirtsch.) sofortige debattelose Verabschiedung eines Antrages seiner Fraktion, der die für den 20. März geplante Senkung der Biersteuer sofort durchgeführt wissen will.

Abg. Kasper (Komm.) protestiert gegen den dadurch angebahnten Plan, den grossen Reichsbierstreik abzuwürgen, der im Ruhrrevier schon im Begriff sei auszubrechen.

Auf Antrag Jürgensen (Soz.) werden die Biersteueranträge dem Hauptausschuss überwiesen, der über sie am Donnerstag im Plenum berichten soll.

Es folgt die neue Disziplinarordnung für Studenten.

Kultusminister Grimme:

Das bisher geltende Disziplinalgesetz von 1879 ist nicht mehr zeitgemäss und entspricht nicht den modernen Rechtsauffassungen. Es fehlt die Berufungsinstanz und die gesicherte Unabhängigkeit der Richter. Direktoren der Hochschulen haben den neuen Entwurf einmütig gutgeheissen. Die neue Vorlage bringt auch einheitliches Recht für alle Hochschulen, während das alte Gesetz nur für die Universitäten galt. Der Minister konnte nach dem bestehenden Recht überhaupt nicht eingreifen. Insofern ist der in der Presse oft erhobene Vorwurf der Schlappeheit gegen die Unterrichtsverwaltung ganz unbegründet. Nach dem neuen Entwurf kann der Minister ein Disziplinarverfahren anordnen oder Berufung einlegen. Die Autonomie der Hochschulen wird dadurch nicht angetastet; aber es wird doch die Auffassung beseitigt, als ob sie abseits vom Staate stünde. Gerade auch dieser Gedanke ist von den Rektoren gebilligt worden.

Besonderes Gewicht legt die Regierung auf die Sicherung der Freiheit des Lernens und Lehrens. Sie kennen die neuerdings mehrfach wieder abgedruckte Verfügung Friedrich des Grossen vom 9. Mai 1750, die das gleiche Ziel hat. Unabhängig von der Regierungsform muss der Staat im Notfall scharf zugreifen können, um auf den Universitäten Ordnung zu halten.

Abg. Dr. Hoffmann (Dtn.): Auch das neue Studentendisziplinarrecht enthält Kautschukbestimmungen, die der akademischen Freiheit gefährlich werden können. Die Entfernung von der Universität darf nach unserer Meinung nur wegen strafbarer Handlungen erfolgen, die eine ehrlose Gesinnung beweisen; sonst muss die denkbar grösste Sicherung gegen Uebereilungen und politische Verfolgungen geschaffen werden.

Abg. Dr. Chajes (Soz.): Wenn Herr Universitätsprofessor Hoffmann meint, die Rektoren seien mit dieser Vorlage überrumpelt worden und hätten ihre Tragweite nicht richtig beurteilt, so stellt er den Rektoren ein schlechtes Zeugnis aus. Wenn die Universitätsrektoren nicht einmal das bestehende Disziplinarrecht und den neuen Entwurf übersehen konnten, wären sie geradezu minderbegabt, und die Entschuldigung des Herrn Hoffmann, die Rektoren seien übermüdet gewesen, wirkt geradezu schülerhaft. (Heiterkeit und Zustimmung) Unter dem geltenden Disziplinalgesetz wurde bis zur Jahrhundertwende jede sozialistische Betätigung eines Studenten mit Relegation bestraft, wie sie in Grotjahns Memoiren nachlesen können. Noch um das Jahr 1900 herum vertrat der liberale Professor Ziegler den Standpunkt, die Studenten müssten sich jeder politischen Betätigung enthalten. Nach solchen Grundsätzen und Methoden hat die Republik die Studenten niemals behandelt, sie hat ihre politischen Rechte stets geachtet. Und trotzdem waren damals Prügeleien und Rüpeleien völlig unbekannt, und heute sind sie eine selbstverständliche Erscheinung jedes Semesters und eine fortlaufende Kette. Der Volksstaat ist also unerhört tolerant; aber die Toleranz darf nicht soweit gehen, dass der Staat sich selber preisgibt. (Lebhafte Zustimmung)

stimmung bei den Soz.) Wie ungerechte Urteile das geltende Disziplinarrecht zulässt, zeigen namentlich in Berlin die Urteile des Senats über den sozialistischen Arbeiterstudenten Karl Eckstein, der in Notwehr gegen angreifende Nationalsozialisten mit einem Koppel zuschlug und mit Relegation bestraft wurde, weil er gerade in diesem Augenblick nicht angegriffen war; ähnlicher Fälle haben wir aus Berlin, Kiel, Greifswald usw. eine ganze Reihe. Angesichts der Planmässigkeit der nationalsozialistischen Universitätskrawalle kann höchstens das eine zweifelhaft sein, ob dieses neue Gesetz ausreicht. Wir werden das prüfen im Geiste der Erklärung, die am 9. Juni 1929 Otto Braun abgegeben hat. Niemals wird die Republik Freiheit der Forschung und Lehre und akademische Selbstverwaltung angreifen; niemals wird sich in ihr ein Fall Arons ereignen, dass jemand nicht mehr Physik lehren darf, weil er Sozialdemokrat ist. Aber die Studenten geniessen kein Sonderrecht und haben wir alle Staatsbürger die Pflicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.): Wir begrüssen den Entwurf als den Versuch besseren Schutzes der Hochschulen vor unwürdigen Szenen und beantragen Ueberweisung an den Unterrichtsausschuss.

Diese Ueberweisung wird nach einer Reihe weiterer Reden einstimmig beschlossen.

Es folgen Berichte des Landwirtschaftsausschusses über Siedlungsfragen und Löhne der Forstarbeiter.

Abg. Dr. Kaufhold (Dtn.) protestiert gegen die Mitteilungen des Landwirtschaftsministeriums im Ausschuss, dass insgesamt erst 19 Siedlungen zur Zwangsversteigerung gekommen seien. Die Lage sei in Wahrheit verzweifelt.

Abg. Grobis (Komm.): Durch die Notverordnung sind die Löhne der Forstarbeiter in unerträglicher Weise gesenkt, die Forstarbeiter ins tiefste Elend gestürzt worden. Die Schuld daran trägt die Sozialdemokratie (Heiterkeit bei den Soz.)

Abg. Simon (Soz.):

Die Löhne der Forstarbeiter sind wie die Löhne aller Staatsarbeiter durch zwei Notverordnungen des Reiches stark heruntergesetzt worden. Immerhin hatte zuvor der Landarbeiterverband die Stundenlöhne der Forstarbeiter wesentlich verbessern können, und so stehen sie erfreulicherweise auch heute noch nicht unerheblich höher als die Löhne in Privatforsten. Leider schneidet der staatliche Forstbetrieb durch das verbrecherische russische Holzdumping sehr ungünstig ab. Um den in Not geratenen Forstarbeitern zu helfen, hat der Ausschuss auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, besondere Unterstützungen an Kinderreiche und in sonstigen Notfällen zu gewähren. Wir bitten das Plenum, diesem Beschluss beizutreten. (Beifall bei den Soz.)

Die Ausschussanträge werden genehmigt.

Zu den Ausschussberichten über den Missbrauch der Pommerschen Spiritusverwertungsgesellschaft für deutschnationale Parteizwecke und die Verwendung von Genossenschaftsgeldern für Deutschnationale und Nationalsozialisten erklärt

Abg. Wetzlaff (Dtn.) es handle sich lediglich um Missverständnisse. Missbräuche lägen garnicht vor.

Abg. Hartwig (Soz.):

Der parteipolitische Missbrauch staatlicher und genossenschaftlicher Gelder für Deutschnationale und Nationalsozialisten in Pommern ist im Ausschuss unwiderleglich bewiesen worden. Nachdem aber die Regierung erklärt hat, sie werde in Zukunft für die Abstellung dieser Missbräuche Sorge tragen, erübrigt sich wie jedes Leugnen so auch jede Beschlussfassung. (Sehr gut! bei den Soz.)

Es folgt der Ausschussbericht über die Betrügereien bei der Pommerschen Hauptgenossenschaft.

Abg. Kuttner (Soz.):

In der Serie der agrarischen Korruptionsfälle spielt dieser Fall der Pommerschen Hauptgenossenschaft eine besondere Rolle. Von 1927 bis 1931 hat die Hauptgenossenschaft systematisch die Staatskasse bei den Einfuhrscheinen betrogen; sie hat zu diesem Zweck für die Zollbehörden fünf Jahre lang besondere gefälschte Bücher geführt. Die Höhe des Schadens hat in den Jahren 1930 bis 1931 175 000 Mark betragen; welche Summe im ganzen erschwindelt worden ist, liess sich wegen Verjährung nicht mehr feststellen, wahrscheinlich über eine Million. Hauptschuldiger war der Direktor der Hauptgenossenschaft Hagemann. Hagemann erhielt ein Jahresgehalt von 18 000 Mark, aber ausserdem freie Wohnung, Aufwandsentschädigung, Gratifikation, Umsatzprovision und eine besondere Prämie für den Betrug der Zollbehörde. Dadurch hat er jährlich tatsächlich 54 000 Mark bezogen. (Stürmisches Hört, hört!) Selbstverständlich hat er dieses Einkommen nicht versteuert. (Bewegung.) Er hat sich jetzt einer Steuerstrafe von 100 000 Mark freiwillig unterworfen. Das Gericht hat bei diesem Musterbild eines pflichttreuen nationalen Mannes (Heiterkeit) angenommen, dass der Betrug fahrlässig begangen sei. Hagemann hat nämlich fünf Jahre lang den Buchhalter, der ihm die Unregelmässigkeiten melden wollte, nicht empfangen. Gegen diese merkwürdige Auffassung des Gerichts ist Berufung eingelegt. Damit ist der Fall für das Parlament vorläufig erledigt; nicht erledigt aber ist er für die Justiz und für das öffentliche Gewissen. (Lebh. Beif. bei den Soz.)

Abg. Kaufmann (Dtn.) bittet, nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. (Heiterkeit).

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen vertagt sich der Landtag auf Donnerstag 10 Uhr: Bericht des Untersuchungsausschusses in Sachen Landbank - Biersteuerfrage,

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 2. März 1932 (Fig. Ber.)

Der Preussische Landtag beriet am Mittwoch in erster Lesung die neue Disziplinarordnung für Studenten. Nach der Einführungsrede des Kultusministers Grimme trugen die Rechtsparteien ihre Aengste vor, ob nicht der berühmten studentischen Freiheit durch das neue Disziplinarrecht irgendwie zunahe getreten würde. Eine Befürchtung, die umso grundloser ist, als sämtliche Hochschulrektoren sich mit der Vorlage einverstanden erklärt hatten.

Der sozialdemokratische Redner Chajes erinnerte daran, dass bis zum Jahre 1900 jeder Student, der sich sozialdemokratisch irgendwie betätigte, von den Universitäten entfernt worden ist. Im übrigen seien die Studenten sämtlich Stipendiaten der Allgemeinheit; nur auf Kosten der Volksmassen könnte ihre Ausbildung durchgeführt werden. Wenn daher die nationalsozialistischen Studenten die Universitäten jetzt überall zu Rüpeleien und Prügeleien missbrauchten und nachher - mit nordischer List - die Verantwortung dafür von sich abschöben, so sei es allerdings gebieterische Pflicht des Staates, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Lehrfreiheit zu sorgen.

Diesem Standpunkt schlossen sich die anderen Regierungsparteien an. Der Staatspartei Böhner machte dabei die treffende Bemerkung, dass, einen Anspruch auf akademische Freiheit nur gebildete Menschen, aber nicht Flegel und Raufbolde hätten. Der Entwurf wurde schliesslich dem Unterrichtsausschuss überwiesen.

Der Landtag erledigte dann noch eine lange Reihe von Ausschussberichten,

von denen sich die meisten auf Korruptionsfälle in der agrarischen Bewegung der Ostprovinzen bezogen. So hat Direktor Hagemann von der Pommerschen Hauptgenossenschaft, wie Abg. Kuttner (Soz.) als Berichterstatter des Rechtsausschusses vortrug, fünf Jahre lang systematisch die Zollbehörde um mehr als eine Million begaunert. An Gehalt hat dieser Hagemann 54 000 Mark im Jahre bezogen, aber 18 000 Mark hat er nur versteuert. Jetzt hat er sich freiwillig einer Steuerstrafe von 100 000 Mark unterworfen. Obwohl bei den Betrügereien fünf Jahre lang falsche Bücher geführt worden sind, hat die erste Gerichtsstanz die Schuldigen nur wegen fahrlässigen Betruges verurteilt. Dadurch, dass die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hat, erübrigte sich bis auf weiteres eine Beschlussfassung des Parlaments. Ueberflüssig zu sagen, dass in diesen und allen anderen Fällen die Rechtsparteien ihre korrupten und blossgestellten Mitglieder zu schützen suchten.

Weiterberatung Donnerstag.
